Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 3. Sonnabend, den 4. Januar 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Preußenjahr.

In mehr als einem Sinne verdient das neue Jahr, an dessen Schwelle wir stehen, ein Preußenjahr genannt zu werden. Die herrschenden Klassen werden es feiern als das hundertste Jahr der Erinnerung an Preußens Erhebung aus dem Verfall des napoleonischen Zeitalters. Aber der Lärm ihrer Feste wird übertönt werden von den Kämpfen um die preußische Gegenwart, um die Gestaltung des neuen Landtages, um die Reform des preußischen Wahlrechts. Je lauter man auf der andern Seite über die Befreiung von der Fremdherrschaft, der Abschüttelung des Tyrannenjoches festreden wird, desto eindringlicher wird von dieser die Frage ertönen, ob das preußische Volk nicht noch immer unter Fremdherschaft leide und ob mit dem aufgeklärtesten und genialsten Despoten auch die Despotie aus Preußen verschwunden sei.

Schon im Jahre 1808, ein Jahr nach dem Zusammenbruch, hate am 24. November eine königliche Verordnung „eine angemessene Teilnahme der Nation an der Regierungsgewalt“ in Aussicht gestellt, und dieses Versprechen wurde sieben Jahre später in der feierlichsten Form wiederholt. In Wirklichkeit hat in den letzten hundert Jahren Preußen aber nur ein paar Monate lang eine Volksvertretung besessen, eine Volksvertretung, die nicht die Frucht königlicher Versprechungen, sondern ein Kind der Revolution war und mit dieser auch wieder verschwand. Daß das preußische Abgeordnetenhaus als eine Volksvertretung nicht anzusprechen sei, hat kein Geringerer als Bismarck bekannt, und daß er seinen oft zitierten Ausspruch just in seiner reaktionärsten Zeit, als preußischer Junker-Abgeordneter, tat, verstärkt nur die Wucht seines Zeugnisses. Von einer „angemessenen Teilnahme an der Regierungsgewalt“ ist also das preußische Volk heute kaum weniger weit entfernt, als vor hundert Jahren, in der Zeit des offenen Absolutismus. Denn dieser hätte kaum eine solche Zähigkeit der Widerstandskraft bewiesen, wie die Dreiklassenherrschaft, deren Joch seit mehr als zwei Menschenaltern auf dem preußischen Volke lastet.

Das Jahr 1913 ist ein Jahr der preußischen Landtagswahlen, und darum werden alle Probleme, die mit diesen Wahlen in Zusammenhang stehen, in den Vordergrund der inneren Politik treten. In wenigen Tagen wird sich der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie versammeln, dem bald darauf eine Delegiertenversammlung der preußischen Fortschrittler folgen wird. Auch die anderen Parteien werden sich beeilen, ihre Rüstungen für den Wahlkampf zu vervollständigen.

Auf linksliberaler Seite trägt man sich mit der Hoffnung, daß es gelingen könnte, dem neuen Landtag eine wahlreformfreundliche Mehrheit zu verschaffen. Man mag über diese Frage so optimistisch oder so pessimistisch wie immer denken, sicher ist, daß die Zusammensetzung des neuen Dreiklassenparlaments für die Zukunft Preußens und ganz Deutschlands von höchster Bedeutung sein wird. Denn daß die preußische Regierung im Zeitraum von 1913 bis 1918 mit einer neuen Reformvorlage wird hervortreten müssen, daran ist gar nicht zu zweifeln; dafür wird die preußische Wahlrechtsbewegung sorgen, dafür bürgt in gewissem Sinne auch das königliche Wahlreformversprechen vom 20. Oktober 1908, da man heutzutage die Erfüllung solcher Versprechungen nicht ohne die schwerste Gefahr für die Monarchie abermals auf hundert Jahre vertagen kann. Kommt es aber während der Geltungsdauer des neuen Landtages abermals zu einem Wahlreformversuch, dann bedarf es keines näheren Nachweises, da seine Zusammensetzung für das Schicksal des Entwurfes nicht gleichgültig ist. Man darf dabei nicht bloß an die äußere Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten denken, sondern muß auch mit einer gewissen inneren Wandlungsfähigkeit rechnen, die in kritischen Zeiten überraschend schnell einzutreten pflegt. Und darum wird es, ohne Rücksicht auf vage Berechnungen der künftigen Stärke einzelner Parteien, Hauptziel des Wahlkampfes sein müssen, zunächst einmal diejenigen Elemente nach Möglichkeit zurückzuwerfen, deren Starrheit jede Nachgiebigkeit gegen den zu erwartenden Druck von außen ausschließt.

Für die preußische Wahlrechtsbewegung werden die Wahlen von 1913 in diesem Sinne kaum etwas anderes als eine vorbereitende Handlung sein können. Denn der Illusion wird sich wohl niemand hingeben, daß unter den öffentlichen, indirekten Dreiklassenwahlen ein Landtag zustande kommen könnte, der ohne jeden äußeren Anstoß, ganz aus eigenem freien Antrieb eine auch nur einigermaßen fortschrittliche Wahlreform beschließt. Die Konservativen bieten alles auf, um ihre Machtstellung im Dreiklassenhause nicht nur zu sichern, sondern noch zu stärken, sie können dabei auf die unbedingte Unterstützung des Zentrums rechnen, während die Nationalliberalen durch die inneren Parteikämpfe und die Stärke des altliberalen Flügels in Preußen zum mindesten neutralisiert sind. Die Fortschrittler aber, die zum Teil nach einem Kompromiß mit der Sozialdemokratie streben, stehen wieder offiziell mit den Nationalliberalen im Bunde und haben sich damit jeder Aktionsfreiheit nach links beraubt, von der Gebrauch zu machen, wohl ein Teil ihrer Anhänger ohnehin kaum besondere Lust hat.

So eröffnen sich für das Preußenjahr 1913 durchaus keine erfreulichen Aussichten. Angesichts des bevorstehenden Kampfes türmen sich die Schwierigkeiten der preußischen Wahlrechtsbewegung erst recht zu fast unüberwindlicher Höhe empor. Das muß offen ausgesprochen werden und es darf offen ausgesprochen werden, denn für die Massen des arbeitenden Volkes sind Schwierigkeiten nicht da, um vor ihnen feige zurückzuschrecken, sondern um sie mutig zu überwinden. Der Kampf um das preußische Wahlrecht erschiene geradezu hoffnungslos, wenn man den Ausfall der kommenden Wahlen an sich schon zum Maßstab des Gelingens machen wollte. Er erscheint erst aussichtsreich, wenn man sich in der Ueberzeugung festigt, daß sich das preußische Volk nicht durch den künftigen Wahlausfall, sondern trotz dieses Wahlausfalles sein Recht erkämpfen wird. Durch die Wahlen von 1913 kann der Sieg nicht erfochten, sondern im besten Falle nur vorbereitet und erleichtert werden.

Einen Landtag, der will wie das Volk will, bekommen wir in Preußen unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht, sondern höchstens einen Landtag, der in entscheidender Stunde gezwungen werden kann, zu wollen, wie das Volk will. Die Parole der preußischen Wahlrechtsbewegung muß heißen: Erst wählen, dann wagen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kommission zur Feststellung der Fleischpreise

trat am Freitag vormittag unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück erneut zu einer Sitzung zusammen. Nachdem der Staatssekretär eine Rückschau über die Ergebnisse der ersten Tagung der Konferenz gegeben hatte, wurde die Frage erörtert: Wie lassen sich die Stallpreise für das Vieh ermitteln? Beschlossen wurde, eine besondere Kommission zur Beantwortung dieser Frage einzusetzen. Die Beantwortung dieser Frage wird als die Grundlage angesehen, auf der weiter gearbeitet werden kann.

Nationalliberal-freisinniges Bündnis zu den Landtagswahlen.

Nach einer Meldung der „Ostpr. Zeitung“ hat die ostpreußische nationalliberale Gesamtpartei mit der freisinnigen Partei ein Wahlbündnis abgeschlossen für die kommenden Landtagswahlen. Früher hatten die Nationalliberalen lokale Abkommen mit den Konservativen getroffen.

Zum Präsidenten der württembergischen Ersten Kammer

ist nun doch der katholische Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein vom König wieder ernannt worden. Es ist also dem Ministerpräsidenten von Weizsäcker nicht gelungen, den Herrn zugunsten eines Zentrumspräsidenten in der Zweiten Kammer durch einen protestantischen Oberhauspräsidenten zu ersetzen. Die Frage gewinnt nun erhöhtes Interesse, ob die konservativen Bauernbündler dazu beitragen werden, einen Zentrumsmann an die Spitze der Zweiten Kammer zu stellen.

Ein Mittel, Budgetverweigerungen wirkungslos zu machen.

Der bekannte Straßburger Staatsrechtslehrer Prof. Labandt scheint seine Wissenschaft jetzt in den Dienst der Reaktion stellen zu wollen, die gegen die verfassungsmäßige Anwendung oppositioneller Machtansprüche in den Parlamenten ankämpft. Es gehört zu den unbestrittenen Rechten der Parlamente das Budget zu verweigern und damit eine mit der Parlamentsmehrheit im Widerspruch stehende Regierung zu zwingen, entweder den Wünschen der Parlamentsmehrheit Rechnung zu tragen, oder abzutreten und einer anderen Regierung Platz zu machen. Das Anwachsen der Sozialdemokratie in den Bundesstaaten hat nun die Möglichkeit nahe gerückt, daß in dem einen oder anderen Bundesstaate das Budget abgelehnt werden könnte, wenn sich die Regierungen nicht bequemen, den Forderungen der Sozialdemokratie Rechnung zu tragen. Derselbe Professor Labandt nun, der in Schwarzburg-Rudolstadt der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit gegenüber als rettender Engel des Ministers von der Recke auftrat, hat nun auch ein Mittel gefunden, der Gefahr sozialdemokratischer Budgetverweigerungen zu begegnen. In der Neujahrsnummer der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlicht er eine staatsrechtliche Abhandlung, über „Das Reich und die Landeshaushaltsetats der Bundesstaaten“. Er setzt in dem Artikel auseinander, daß das Reich um deswillen großes Interesse an den Budgets der Bundesstaaten habe, weil „nach dem Grundprinzip des Verfassungsbaues des Deutschen Reiches die Einzelstaaten die Reichsgesetze auszuführen haben und zwar auf eigene Kosten“. Dem Reich stehe die Beaufsichtigung über die Ausführung der Reichsgesetze zu. Wenn in einem Bundesstaate die Reichsgesetze nicht ordnungsgemäß ausgeführt würden oder infolge der Ablehnung des Etats nicht ausgeführt werden könnten, z. B. wenn die Ausgaben für die dazu nötigen Beamten oder Einrichtungen gestrichen worden seien, dann habe das Reich das Recht, einzuschreiten.

Die Möglichkeit des Einschreitens sei gegeben durch Artikel 19 der Reichsverfassung, der jenen Bundesstaaten, die ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, die Exekution durch das Reich androhe. Wörtlich führt dann Labandt folgendes aus:

„Wie aber ist die Exekution in einem solchen Falle zu vollstrecken? Die R. V. sagt darüber nichts, als daß die Exekution vom Kaiser zu vollstrecken ist. Dem Kaiser ist es also vollkommen überlassen, diejenigen Mittel und Wege zu wählen, welche ihm nach Lage des Falles geeignet scheinen. Er kann also auch die Vollstreckung in der Weise vornehmen, daß er den Landesherrn oder Minister des betreffenden Bundesstaats damit beauftragt und ihn ermächtigt, die gesetzlich begründeten Einnahmen zu erheben und die auf Gesetz beruhenden oder sonst unentbehrlichen Ausgaben zu leisten. Alsdann hat die Regierung alle Rechtsbefugnisse, welche ihr durch den kaiserlichen Auftrag eingeräumt sind, ohne an die Schranken des Landesetatsrechts gebunden zu sein .... Es ist richtig, daß die ursprüngliche Tendenz des Art. 19 dahin ging, die Unterordnung der Bundesstaaten unter die neu errichtete Bundesgewalt zu sichern, und daher gegen reichsfeindliche Bestrebungen der Regierungen gerichtet war. Diese Sorge hat sich als unbegründet erwiesen; alle Bundesglieder ohne Ausnahme haben zu allen Zeiten ihre Berufspflichten treu und vollständig erfüllt, und der Gedanke an eine Bundesexekution ist überhaupt noch niemals aufgetaucht. Aber das Aufkommen und der wachsende Einfluß einer der bestehenden Rechtsordnung feindlich gegenüberstehenden Partei begründen die Gefahr, daß das Recht der Mitwirkung des Landtags an der Feststellung des Etats mißbraucht wird, um ein der Majorität mißliebiges Ministerium zu stürzen, und daß durch Obstruktion absichtlich herbeigeführte Beschlußunfähigkeit oder Verweigerung der Mittel für unentbehrliche Amtsstellen das Zustandekommen der Etatsgesetze in den Bundesstaaten ein rechtsbegründetes Interesse hat und daß die Regierungen der Bundesstaaten ihren Landtagen nicht völlig schutzlos gegenüberstehen, wenn dieselben von ihren Befugnissen einen rechtswidrigen Gebrauch machen. Der Satz der Einleitung der Reichsverfassung, daß der Bund geschlossen sei „zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“, findet auch Anwendung, wenn das gültige Recht oder die Wohlfahrt des deutschen Volkes von dem Landtag eines Bundesstaates verletzt wird.“

Dem Professor Labandt scheint selbst der Gedanke gekommen zu sein, daß er wegen dieses gerade in diesem Moment recht auffälligen Artikels heftig angegriffen werden könnte. Er sucht seine Ausführungen dadurch gewissermaßen abzuschwächen, daß er meint, man werde ihm den Vorwurf machen, eine Doktorfrage ohne praktisches Interesse behandelt zu haben; er wünsche nur, daß dieser Vorwurf sich immer als begründet erweisen möchte. Dieser schwächliche Vorbehalt wäscht den anderen und sehr begründeten Vorwurf nicht von ihm ab, den Versuch unternommen zu haben, mit Hilfe staatsrechtlicher Konstruktionen die bundesstaatlichen Parlamente um ihre Rechte zu prellen. Ein Staatsrechtslehrer und ein Kommentator des Staatsrechts sollte aber am allerwenigsten eine Unterscheidung zwischen befugtem und unbefugtem Gebrauch parlamentarischer Rechte versuchen. Die Rechte der Landtage sind verfassungsmäßig festgelegt, die Abgeordneten sind niemandem Rechenschaft schuldig über die Ausübung ihres Abgeordnetenmandats. Und wenn sie es für notwendig halten, einen Etat abzulehnen, so ist das immer eine befugte Handlung, die sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten hält. Und an diesem Grundrechte aller Parlamentsmitglieder darf nicht gerüttelt wer-

den, soll der ganze Parlamentarismus nicht zur Farce werden. Wenn der Artikel Labands den Zweck hat, auf Gefahren aufmerksam zu machen, die in künftiger Zeit dem Parlamentarismus drohen, so wird freilich auch er einen guten Zweck erfüllen und der Dienst, den Laband den reaktionären Regierungen leisten wollte, gestaltet sich zum Bärendienst, für den sie ihm kaum dankbar sein dürften.

Die bevorstehende Finanzministerkonferenz.

Eine offiziöse Korrespondenz weiß zu der Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister folgende Einzelheiten zu melden: „Bei den Beratungen am 4. Januar wird die Reichsregierung eine Vorlage überhaupt nicht vorlegen. Vielmehr werden alle Möglichkeiten einer allgemeinen Besitzsteuer, wie sie durch den bekannten Reichstagsbeschluß gefordert ist, erörtert werden. Alles Material über diese Möglichkeiten ist den Bundesregierungen vor einer Reihe von Monaten in einer Denkschrift übermittelt. Sache der Finanzminister wird es dann sein, bei ihren Beratungen diejenige Steuerform auszuwählen, durch welche der Beschluß des Reichstages, dem der Bundesrat beigetreten ist, erfüllt werden soll. Aus diesem Grunde ist es heute völlig unmöglich, von irgendwelchen Entschließungen einer maßgebenden Stelle zu sprechen. Auch in Preußen liegt eine solche noch nicht vor; denn sicherem Vernehmen nach hat sich das Staatsministerium überhaupt noch nicht mit der Frage beschäftigt. Nachdem die Finanzminister bei ihren bevorstehenden Besprechungen zu einem Entschlusse gelangt sind, wird das Reichsschatzamt an die Ausarbeitung einer Vorlage herangehen, die dann zunächst dem Bundesrat unterbreitet wird."

Die Reichseinnahmen aus den Zöllen und Steuern in den ersten acht Monaten des Etatsjahres 1912 stellen sich um 15,7 Mill. Mark höher gegenüber den Einnahmen im Vorjahre. Es wird am Schluß des Jahres mit einem Ueberschuß von 50 Mill. Mark gerechnet. Diese Mitteilung wird die Finanzminister freudig stimmen und sie am 4. Januar geneigter machen, den Wünschen der Junker und Agrarier Rechnung zu tragen.

Zur Zersetzung der nationalliberalen Partei.

Am 9. Februar tritt in Berlin der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei zusammen. Von ihm wird in den „Hamb. Nachr." erwartet, daß er Bassermann entweder zur Unterwerfung unter den Willen der Altnationalliberalen oder zum Rücktritt von der Parteileitung zwingt. Nur so ist die Drohung zu verstehen: „Mit halben Maßnahmen, mit jener Hauspolitik der Vertuschung oder Ueberkleisterung um jeden Preis ist unserer Partei in ihrem jetzigen Zustande nicht mehr zu helfen. „Biegen oder brechen" heißt die unausgesprochene Parole der Stunde: entweder beugen sich die abwegigen Parteielemente unter die bewährten politischen Traditionen Rudolph v. Bennigsens, oder sie werden, so hoch sie hinaufreichen mögen, nun endlich gezwungen, die Konsequenzen zu ziehen. Wir glauben versichern zu können, daß diese Auffassung von einem größeren Teil der Partei geteilt wird, als die nächstinteressierten Stellen wahr haben wollen."

In den „Hamb. Nachr." wird auch versichert, daß Bassermann „schon seit einem Jahre nicht mehr die Majorität der Partei hinter sich hat", und daß er moralisch und indirekt mitschuldig sei an dem jüngst inszenierten pommerschen Krakehl, der wiederum gezeigt habe, „wie wenig der Abg. Bassermann die erste Voraussetzung eines Parteiführers erfüllt, über den verschiedenen Richtungen der Partei zu stehen und sie durch eigene Zurückhaltung zu einer Phalanx zusammenzuschweißen, welche das Vertrauen der anderen nationalen Parteien besitzt".

Nach all dem wird es am 9. Februar im nationalliberalen Lager zu sehr erhitzten Köpfen kommen.

Ueberschüsse bei den Reichseinnahmen.

Trotz der Erhöhung des Etats-Voranschlages um 45 Millionen Mark, die vorgenommen wurde, um die Deckung für die Wehrvorlage zu schaffen, scheint es, als ob nicht nur diese Erhöhung tatsächlich eingebracht, sondern sogar noch wesentlich überschritten werden würde. Nach einer anscheinend offiziösen Meldung betrugen die Reichseinnahmen in den ersten acht Monaten des Etatsjahres 1169 Millionen Mark. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres erreichten die Einnahmen nur die Höhe von 1093 Millionen Mark, das ist in diesem Jahre schon ein Ueberschuß von zirka 16 Millionen Mark in den ersten acht Monaten. Die Jahreseinnahme würde also, berechnet nach den Einnahmen der ersten acht Monate, 1664 Millionen Mark betragen. Das ist gegen den Etats-Voranschlag ein Mehr von rund 50 Millionen Mark. Dieses günstige Ergebnis wird der anhaltend guten Konjunktur, die eine Steigerung der Erträge verschiedener Steuerquellen mit sich bringt und den stärkeren Zolleinnahmen infolge der Mehreinfuhr von Getreide zugeschrieben. Für die breiten Volksschichten haben diese guten Finanzaussichten keinerlei Bedeutung, denn die Ueberschüsse des Etats werden verwendet zur Deckung einmaliger außerordentlicher Militärausgaben und für ähnliche Rüstungszwecke.

Major Schinzinger und die Preßzensur bei der Danziger Polizei.

Von Freiburg in Baden bis Danzig in Westpreußen ist zwar ein weiter Weg. Der Herr Major a. D. Schinzinger, Mitglied des Zentralausschusses des berühmten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zweiter Vorsitzender dieses Verbandes in Baden und gewesener Vertreter der Kanonenfirma Krupp, hat ihn mit freundlicher Unterstützung des Danziger Polizeipräsidiums aber doch zu finden gewußt. Und natürlich aus keiner ganz gewöhnlichen Ursache.

Im vergangenen Herbst ging eine etwa 20 Zeilen lange Notiz durch einen großen Teil der deutschen Presse, die sich mit Herrn Schinzinger beschäftigte. In einer Klage zwischen dem freisinnigen Landtagsabgeordneten Hind und dem badischen Redakteur Müller war Schinzinger, der bei der letzten Reichstagswahl als konservativer Kandidat fungierte, als Zeuge geladen. Während seiner Vernehmung genügte es ihm nicht, daß er als Herr angeredet wurde, er forderte von dem Rechtsanwalt Strauß wiederholt, daß er ihn mit dem Titel Major benenne. Schließlich griff der Vorsitzende ein und stellte fest, daß auch für verabschiedete Majore vor Gericht die Anrede Herr genüge. Die Notiz kritisierte dieses Verhalten, zog gewisse Vergleiche mit dem damals vielgenannten Offizier Kammler und Vietinghof aus dem Rybniker Prozeß.

Herr Schinzinger klagte nun nicht gegen alle die Zeitungen, die dazu Artikel gebracht, sein Zorn richtete sich allein gegen die Danziger Volkswacht! Das Danziger Polizei-Präsidium hatte nämlich im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft die Notiz an die Militärbehörde geschickt, weil darin der gesamte Offizierstand beleidigt werde. Die Militärbehörde winkte ab. Und so ersuchte das Polizeipräsidium den Herrn Schinzinger, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, was denn auch prompt geschah. Sofort eröffnete die Staatsanwaltschaft, im öffentlichen Interesse natürlich das Verfahren. Deshalb mußte sich der verantwortliche Redakteur der Volkswacht, Genosse Hermann Lorenz am 31. Dezember vor der Strafkammer in Danzig verantworten. Zeugen waren nicht geladen. Schinzinger, der als Nebenkläger zugelassen war, ließ sich durch einen Rechtsanwalt vertreten. Dieser behauptete, daß Schinzinger keine Kenntnis davon erlangt habe, daß die ihn kritisierende Notiz durch die ganze Presse gelaufen ist, obwohl er sich lebhaft im polizeilichen Leben betätigte. Schinzinger sei in mehreren leitenden Stellungen im Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie tätig und habe auch als Vertreter Krupps häufiger Differenzen mit der Sozialdemokratie gehabt. Daher sollte ihm wohl eins ausgewischt werden. Gen. Lorenz erklärte, daß er bisher nicht das Vergnügen hatte, von der schätzenswerten Existenz des Herrn Schinzinger etwas anderes als sein ungewöhnliches Auftreten vor Gericht zu wissen. Speziell seien ihm seine Würden im Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie unbekannt geblieben. Mit der Notiz wollte er nur rügen, daß Offiziere sich selbst vor Gericht mehr dünken, als andere Leute. Auch habe er keine Gleichstellung des Schinzinger mit den am Rybnicker Prozeß beteiligten Offizieren Kammler und Vietinghof beabsichtigt.

Der Staatsanwalt hielt den gesamten Offiziersstand und mit ihm Schinzinger für beleidigt und forderte 150 Mark Geldstrafe. Der Vertreter des Nebenklägers hob noch hervor, daß Schinzinger vor Gericht auf die Nennung seines Titels deshalb besonderen Wert legen mußte, weil ihn die Gegner im Wahlkampf konsequent nur als Herr angeredet hätten. Das Gericht sprach zur Begründung des auf 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis lautenden Urteils aus, daß der Angeklagte gewiß berechtigt gewesen ist, das Auftreten Schinzingers vor Gericht zu kritisieren. Beleidigend sei jedoch der Ausdruck „Militärischer Dünkel". Ebenso beleidigend sei die Herbeiziehung der Offiziere Vietinghof und Kammler. Von diesen habe das Gericht in Rybnick angenommen, daß Kammler gemeingefährlich geisteskrank sei und Vietinghof unter seinem Eide die Unwahrheit gesagt habe. Ob das wahr sei, komme für dieses Gericht nicht in Betracht, jedenfalls habe es die öffentliche Meinung geglaubt und Schinzinger könnte sich deshalb durch den Vergleich mit Recht beleidigt fühlen.

Das Gericht ging auf die Feststellung des Verteidigers, daß die beiden Offiziere heute noch ihre Stellungen bekleiden und daß schon deshalb niemand durch den Vergleich mit ihnen gekränkt werden könnte, nicht ein.

Österreich-Ungarn.

Der Kampf der ungarischen Sozialdemokratie gegen die Wahlentrechtung. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie hat in der heutigen Sitzung die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses für den 26. Januar ds. Js. beschlossen. Die Parteiorgane bringen bereits den Aufruf dazu. Des weiteren wird in diesen Tagen die Parteileitung, vereint mit dem Gewerkschaftsrat, eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, in welcher die Modalität eines Generalstreiks für die Zeit der Beratung des Wahlrecht-Entwurfs besprochen wird. Die Aktion gegen das Wahlrecht beginnt bereits am 12. Januar; an diesem Tage sollen im ganzen Lande, in den Städten wie auch in den Gemeinden, in denen die Partei Organisationen hat, Volksversammlungen gegen den Wahlgesetzentwurf abgehalten werden.

Rußland.

Die politischen Massenstreiks und die Unternehmer. Die gewaltigen Massenstreiks im verflossenen Jahre haben im Lager der Unternehmer außerordentliche Besorgnisse wachgerufen. Die industrielle Prosperität und die gestiegene Widerstandskraft der Arbeiter hindert sie zwar daran, zu dem beliebten Mittel der vorhergehenden Jahre, den Massenaussperrungen der Arbeiter ihre Zuflucht zu nehmen. Indessen rüsten sie auch jetzt mit aller Macht, um der politischen Streikbewegung Einhalt zu gebieten. Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Moskauer Fabrikantenvereins wurde festgestellt, daß die politischen Massenstreiks in den ersten 10 Monaten des Jahres 1912 zirka 400 000 Arbeiter umfaßt hat. In der Hälfte aller Fabriken des Moskauer Rayons sind nach dem letzten politischen Streik im November verschiedene Strafen und Maßregelungen vorgenommen worden. Das Konseil des Fabrikantenverbandes empfahl diese Maßregelungen auch fernerhin anzuwenden. Ueber weitere Schritte jedoch soll eine Unternehmerkonferenz in Petersburg endgültig entscheiden.

Balkan.

Die Lage wird ernst. Die Friedens-Konferenz wurde gestern abend 7 Uhr 40 Min. auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt. In der gestrigen Sitzung überreichten die Delegierten der Verbündeten ein dreifaches Ultimatum, betreffend Adrianopel, Kreta und die Ägäischen Inseln. Sie gaben gleichzeitig zu verstehen, **daß sie die Verhandlungen abbrechen würden**, falls sie nicht bis Montag nachmittag 4 Uhr eine klare und zufriedenstellende Antwort erhielten. Die Türken schlugen vor, daß sie ihre Antwort heute nachmittag 4 Uhr geben würden. Dieser Vorschlag wurde von den Delegierten der Verbündeten angenommen. Er wird als ein Anzeichen dafür aufgefaßt, daß die Türken einen Bruch als unvermeidlich ansehen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Im Ministerium des Außern wird erklärt: Unsere Delegierten unterbreiteten den Delegierten der Balkanmächte die türkischen Gegenvorschläge. Die bulgarischen Delegierten nahmen den türkischen Vorschlag betreffend das Vilajet Adrianopel mit der Bedingung an, daß die türkisch-bulgarische Grenze im Norden des Vilajets Adrianopel zu rektifizieren sei, aber Adrianopel und Kirk-Kilisse würden der Türkei verbleiben. Die Pforte will über die Inseln des Aegäischen Meeres nicht einmal diskutieren, ist aber bereit, über das Schicksal Kretas direkt mit den Balkanmächten zu verhandeln. Der Ministerrat einigte sich über die neuen Informationen, die nach London geschickt wurden.

Die griechische Gesandtschaft in London hat ein Telegramm aus Athen erhalten, daß die aus 2000 Mann bestehende türkische Besatzung auf der Insel Chios sich ergeben habe.

Amerika.

Die Zunahme der sozialistischen Stimmen in Nordamerika. Wir haben das vorläufige Resultat der Stimmenzählung von der nordamerikanischen Präsidentenwahl früher schon mitgeteilt und dabei auf die Verdoppelung der sozialistischen Stimmen seit 1908 hingewiesen. Jetzt liegt das amtliche Resultat vor. Danach schneidet die Sozialdemokratie noch besser ab, als bisher angenommen. Die Stimmenzahl stieg von 423 969 auf 898 119. Das bedeutet in den vier Jahren eine Zunahme von 474 150 Stimmen. Alle anderen Parteien haben Stimmenverluste aufzuweisen und zwar die Demokraten rund 105 000, die Republikaner über 69 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß infolge der Gewährung des Frauenstimmrechts in Kalifornien und Washington und infolge der Zulassung zweier neuer Staaten Arizona und Neu-Mexiko diesmal 115 666 Stimmen mehr abgegeben wurden, als 1908. Die Zunahme der sozialistischen Stimmen erstreckt sich hauptsächlich auf die folgenden Staaten; es erhielt der Kandidat der sozialistischen Partei Debs in:

	1912	1908		1912	1908
Kalifornien .	79 202	28 659	Montana . .	10 855	5 855
Kolorado . .	16 418	7 960	Nebraska . .	10 219	3 524
Illinois . . .	81 278	24 711	Newyork . . .	63 381	38 451
Indiana . . .	36 935	13 476	Ohio	89 930	33 795
Jova	15 914	8 287	Oklahoma . .	42 262	21 779
Kansas . . .	26 807	12 420	Pensylvanien	80 915	33 923
Kentucky . .	11 647	4 185	Texas	25 742	7 870
Michigan . .	23 211	11 527	Washington .	40 134	14 177
Minnesota . .	27 505	14 094	West-Virginia	15 336	3 679
Missouri . .	28 466	15 431			

Zu den 898 119 Stimmen, die auf Debs entfielen, kommen als sozialistische Stimmen weiterhin rund 29 000 in Anrechnung, die für den Kandidaten der Socialiste Labour Party abgegeben wurden. Auffälligerweise haben die sozialistischen Stimmen gerade in den Staaten außergewöhnlich zugenommen, in denen die Schwerindustrie vorherrscht, während in den neuen Landstaaten, die wesentlich von der Textilindustrie beherrscht sind, die sozialistische Stimmenzahl weniger gute Fortschritte gemacht hat.

15 Millionen Stimmen sind im ganzen abgegeben worden. Der Anteil der Sozialdemokratie erreicht noch nicht ganz eine Million. Das ist gewiß noch wenig, aber die gewaltige Steigerung seit vier Jahren zeigt doch, daß die Sozialdemokratie sich auch in Nordamerika im raschen Vormarsch befindet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 4. Januar.

Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Dienstag abend im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. In derselben sollen mehrere Paragraphen des Statuts geändert werden in der Richtung, daß das Geschäftsjahr des Lübecker Vereins in übereinstimmung mit dem neuen Organisationsstatut der Gesamtpartei mit dem 31. März geschlossen wird. Weiter ist u. a. ein interessanter Vortrag des Genossen Mehrlein über unser Strafrecht in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft vorgesehen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Achtung, Maschinisten! Von Bremerhaven ist ein Heuerbaas mit mehreren Gehilfen unterwegs, um Streikbrecher an Stelle der in den Unterweserorten im Kampfe stehenden Maschinisten zu werben. Niemand lasse sich dazu verleiten, seinen kämpfenden Klassengenossen in den Rücken zu fallen.

Der Januar, der Mittwoch begonnen hat, verdankt seinen Namen Janus, dem doppelgesichtigen Sonnengotte der Latiner, in dem diese zugleich den Beherrscher des Jahres verehrten. Er steht nicht von jeher am Anfang des Jahres, sondern erst seit 46 v. Chr., seit Cäsars Kalenderreform. Vorher bildete er den 11. Monat, an welchen Platz ihn der König Numa Pompilius gesetzt haben soll, der den von Romulus geschaffenen 10 Mondmonaten noch 2, eben den Januarius und den Februarius, hinzufügte. Auch hatte er nicht immer 31 Tage: Im Kalender des Numa steht er noch mit 29 Tagen verzeichnet. Erst seit dem Kalender des Cäsar hat er 31 erhalten. Die Signatur des Januar soll Kälte sein, sie ist dem Landmann geradezu notwendig. In alten Bauernregeln heißt es: „Der Januar muß vor Kälte knacken, wenn die Ernte gut soll sacken", dagegen „Januar warm — daß Gott erbarm!" Die Vegetation soll nach alter Erfahrung im Januar noch vollständig ruhen, erst gegen Ende des Monats steigt der Saft zur richtigen Zeit in die Bäume; denn „An Fabian und Sebastian (20. Januar) soll der Saft in die Bäume gahn". Aus diesem Grunde ist dem Landmanne warmes Wetter im Januar höchst unerwünscht. Es entwickelt sich dadurch das Pflanzenleben vorzeitig und der Nachwinter, besonders aber die gefürchteten Kälterückschläge im Mai richten dann großen Schaden in Feld und Garten an. Eine sehr erfreuliche Erscheinung, die der Januar mit sich bringt, ist das Zunehmen der Tage. Wieder sei eine alte Bauernregel zitiert:

„Am Weihnachtstage wächst der Tag
Soweit ein Mücklein gähnen mag;
Am Neujahrstage wächst der Tag
Soweit der Haushahn schreien mag;
Und um Dreikönig wächst der Tag
Soweit ein Hirschlein springen mag."

Die Tageslänge, die am 1. Januar 7 Stunden 39 Min. beträgt, wächst zum Schluß des Monats auf 8 Stunden 52 Minuten an; vom kürzesten Tage (22. Dezember) an bis zum Ende Januar hat der Tag also bereits 1 Stunde 18 Minuten zugenommen. — Jakob Grimm, der Begründer der deutschen Philologie, schrieb vor hundert Jahren: „Januar und Winter gehören zusammen, denn, was kann es Herrlicheres geben, als wenn dicker Schnee gleich einer molligen und weichen Decke Felder und Wiesen einhüllt, demantglitzernder Rauhreif über Büschen und Bäumen liegt und Eisblumen an den Fenstern blühen? Wenn die klare helle Morgensonne auf die blitzernden Eiskristalle scheint, ist die Welt in ein Zauberreich verwandelt. Ueberall schwirren Märchen umher, draußen

in weiter Flur nicht minder wie im trauten warmen Zimmer, in welchem abends der Teekessel singt und die Bratäpfel in der Ofenröhre brodeln."

b. **Das Gewerbegericht** beschäftigte sich am Freitag wieder mit der Klage des Schauermanns Sch. und Genossen um Bezahlung der Ueberstunden. Zu einem Urteil kam es auch an diesem Tage nicht, obgleich zwischen dem letzten Termin vom 20. Dezember v. Js. und dem gestrigen ein neuer Schlichtungs- oder vielmehr Aufklärungsversuch stattgefunden hatte. Wie aus unserem letzten Verhandlungsbericht bekannt ist, haben fünf Schauerleute und ihr Vormann der Firma Lischau am 2. Dezember je zwei Ueberstunden gemacht, die der Vorarbeiter von Bertling angeordnet hatte, nachdem ein junger Mann dieser Firma mit dem Kapitän des Schiffes Rücksprache nahm. Im vollkommenen Widerspruch miteinander stehen jetzt die Aussagen der beiden Handlungsgehilfen Lischaus und Bertlings. Während der letztere behauptet, er habe den Vertreter Lischaus ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die sechs Mann auf Rechnung von Lischau weiterarbeiten sollen, erklärt der Beauftragte Bertlings, nach keiner Richtung hin irgendwelche Direktiven gegeben zu haben. Er habe lediglich den Wunsch geäußert, es wäre ihm lieb, wenn Ueberstunden gemacht würden, dann brauchte er für die bereitstehenden Eisenbahnwagen kein Standgeld zu bezahlen. Der junge Mann von Bertling bleibt fest bei seiner Aussage, daß er den Unterschied der Bezahlung betont habe, denn seine Äußerung sei unmittelbar nach der Rücksprache mit dem Kapitän gefallen. Dieser habe erklärt: Gut, es soll weitergearbeitet werden, aber wir bezahlen unsere Schauerleute und Lischau die seinigen. Da der Kapitän im Interesse seiner Reederei arbeitet, wollte er sich sichern, daß die Mehrkosten nicht von der Reederei, sondern vom Abnehmer bezahlt würden. Es schob sich nun ein ganz neues Moment in den Streitfall: Ist der Kapitän beim Ausladen Herr seines Schiffes? Krepelin & Boye, die wiederholt verklagte Stauerfirma, ist dieser Ansicht. Er verliert im Hafen sein Recht nicht. Will der Kapitän zur Entlöschung keinen Dampf mehr hergeben, ist's sein gutes Recht. Kein Makler kann ihn hierzu zwingen. Streitigkeiten hieraus hat er nur mit seinem Reeder abzumachen. Der Kläger und Lischaus Stellvertreter sind der Ansicht, daß der Befehl des Maklers maßgebend sei. Im ersteren Fall wäre es begreiflich, wenn Bertlings Handlungsgehilfe sich erst Weisung vom Kapitän holt, wie es auch geschehen ist. Aus weiteren Fragen nach dieser Seite hin ergibt sich, daß die Verhältnisse verschieden liegen. Sollte sich diese Tatsache als richtig erweisen, dann verliert der Prozeß an seiner prinzipiellen Wichtigkeit, denn es ist „bei Gelegenheit" auch schon vorgekommen, daß Bertling besondere Kosten bezahlt hat. Krepelin & Boye erklären weiter, daß bezüglich der Überstundenbezahlung am Hafen manche Unklarheit herrsche, und zwar gerade dann, wenn die Spediteure zu zahlen hätten. Würden sie (Krepelin & Boye) verurteilt, dann müßten sie es in Zukunft ablehnen, Überstunden zu machen. Mann müsse doch zwischen Empfangnahme und Entlöschen unterscheiden. Diese Maßregel könnte, wie der Vorsitzende betonte, unter Umständen für den Schiffsbetrieb unabsehbare Folgen haben. Wie gesagt, weiter geklärt ist dieser Streitfall nicht. Nächste Woche soll eine neue Verhandlung stattfinden, bei der jenes angezogene Formular die Rolle spielen wird, das der Steuermann als Vertreter des Kapitäns „im Interesse des Schiffes" ausgestellt hatte. Vielleicht bringt die Aussage des Kapitäns, der besonders geladen werden soll, endlich Klarheit in die „dunkle Geschichte" und verhilft nicht zum wenigsten den sechs klagenden Hafenarbeitern zu ihrem redlich verdienten Lohn. — Im Granitwerk von Pl. & Br. war der Heizer St. einige Wochen tätig, und zwar wurde er entgegen geschäftlichem Brauch mit Kündigung angestellt. Nun soll er sich in seiner kurzen Tätigkeit angeblich mancher Unterlassung schuldig gemacht haben. Da die Verwarnungen nichts fruchteten, wurde St. vom Werkmeister gekündigt. Diese Kündigung erkannte St. nicht an in dem Glauben, der sie Aussprechende hätte kein Recht hierzu. Daß die Maschine nicht immer richtig funktionierte, schreibt der Kläger ihrer Unbrauchbarkeit und hauptsächlich dem schlechten Heizmaterial zu, bei dem Stückkohlen gänzlich fehlten. Die Beklagten finden bei ihrem früheren Arbeiter verschiedene Fehler heraus und glauben, daß der Mann mehr Obacht auf seine Pfeife als auf die Maschine verwandt habe. Sie behaupten: Im Anfang sei St. ganz gut zu gebrauchen gewesen, als er aber erfahren habe, daß der Posten nur aushilfsweise versehen werden sollte, sei er gleichgültig geworden. Die Maschine war nicht zur rechten Zeit im Gang, ein andermal hatte sie zu wenig oder zu viel Wasser, dann wieder war der Atmosphärendruck nicht so, wie er sein sollte. Seine sofortige Entlassung geschah, weil in der Mittagszeit, als der Heizer abwesend war, der Manometer 13 Atmosphären Druck zeigte und eine Explosion zu befürchten war. Durch rechtzeitiges Eingreifen wurde weiterer Schaden verhütet. Mit seinen 50 Mark Lohnverlust, die der Kläger erstattet haben will, wird er kostenpflichtig abgewiesen. Vorsätzlicher Schaden wurde angenommen. Dieser wurde u. a. auch darin gesehen, daß der Kläger Kohlen vergeudet habe, indem er den Dampf auf 13 Atmosphären anwachsen ließ.

Die Schulferien für das Schuljahr 1913 (einschließlich der Osterferien 1914) sind für die sämtlichen städtischen öffentlichen Schulen wie folgt festgesetzt: Ostern: 15. März bis 1. April; Pfingsten: 10. bis 15. Mai; Sommerferien: 27. Juni bis 5. August; Michaelis: 1. bis 14. Oktober; Weihnachten: 20. Dezember bis 5. Januar 1914; Ostern: 4. bis 21. April 1914. Die angeführten Zahlen bedeuten den Schluß des Unterrichts und den Wiederbeginn desselben.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Januar 1913: 23 887 Mitglieder gegen 22 657 im Jahre 1912. Auf Männer entfielen davon 16 334 (1911 15 590), auf Frauen 7553. (1911: 7067). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Dezbr. 1912: Männer 514 (1911: 417) und Frauen 306 (1911: 275). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Dez. 2081 (1911: 2012) erteilt. Sterbegeld wurde im Dez. für Mitglieder in 21 Fällen, für Angehörige in 37 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 26 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Dezbr. 4 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Handelsregister. Am 3. Januar 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma Hamburger Kaffee-Lager Johannes Propp vorm. C. Retelsdorf, Lübeck: Jetziger Inhaber: J. H. A. Sass, Kaufmann in Lübeck. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Sass ausgeschlossen. Die Firma lautet jetzt: Hamburger Kaffee-Lager Johannes Propp Nachflg. August Sass; 2. bei der Kommanditgesellschaft in Firma Alfons Frank u. Co. Lübeck: Die Kommanditgesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann A. Frank in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Dezember v. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 gold. Damenuhr mit Kette, 3 Damen-Halsketten, 3 Broschen, 1 Kneifer, 1 Buch mit Rabattmarken, 2 Muffs, 2 Boas, 6 Paar Handschuhe, 2 Vorhemden, 2 Kragen, 2 Pakete mit Stickmuster, mehrere Pakete mit Knöpfen, Watte und Futterstoffe, mehrere Handtaschen mit Inhalt, 1 Karton mit alten Damenkleidungsstücken, 1 Manschette mit Knopf, 1 Kinderhut, 1 Kapuze, 1 Visitenkartentasche, 1 Notizbuch, 1 Brottasche, 1 Haarbesen, 1 Taschenmesser, 1 Gummiball, 3 Schirme, 1 Kinderpistole und 1 Peitsche.

Hansatheater. Mit dem neuen Programm kann sich die Direktion vor jedem Publikum sehen lassen. The Daring Sisters zeigen graziöse und kühne Darbietungen am Trapez. Herr Cook führt ein Stiftungsfest des Vereins „Blauer Montag" ganz allein auf und erzielt damit viel Lacherfolg. Die Leipziger Soubrette Grete Saro bringt reizende pikante und charmante Chansons. Die Equilibristen Hartle und Eltrah zeigen noch nie gesehene, staunenerregende Tricks und die Danois-Truppe, aus drei jungen frischen Mädchen und zwei älteren Darstellern bestehend, führt in einem Melangeakt ebenfalls einzigartige Produktionen aus, von denen jede einzelne Nummer applaudiert wird. Den Clou des Spielplans bildet Singers Liliput-Zirkus. Das Liliputaner-Völkchen kommt in mehreren Equipagen auf die Bühne gefahren. Herr Florian stellt seine Kollegen auf Namens- und Altersangabe dem Publikum vor. Dann wird ein Rundgang durch die Reihen des Publikums unternommen. Hierauf produziert sich Herr Florian als temperamentvoller Geigenkünstler. Herr Louis als Liliputaner-Athlet ruft durch seine Produktionen Staunen hervor. Mit der Miene eines Gladiatoren tritt er auf und hebt ein lebendes Pferd samt Reiter empor. Fräulein Dora entzückt durch ihre allerliebste Vortragsart. Die Clowns Charley und Fredy setzen das Zwerchfell in Bewegung und Mademoiselle Myra tanzt auf dem Drahtseil, die kleine Anny zeigt den Javanerhengst Algo in der hohen Schule, Dora und Florian singen Duetts aus modernen Operetten und die acht Bradforts können sich als Parterre-Akrobaten in jedem großen Zirkus sehen lassen. Das Publikum spendete lebhaften Beifall.

Vorträge der Oberschulbehörde. Montag, den 13. Januar, wird in dem Vortragswesen der Oberschulbehörde ein neuer Zyklus beginnen. Schulrat Professor Dr. Wychgram wird über das Thema sprechen: „Pädagogische Probleme der Gegenwart." Die Vorträge werden so eingerichtet sein, daß auch Nichtfachleute Gewinn davon haben können. Die Bewegung auf dem Gebiete des Erziehungs- und Unterrichtswesens ist schon seit etwa zwei Jahrzehnten in Deutschland äußerst lebhaft. Das Gefühl, daß nicht nur das Bestehende zu weiteren Entwicklungen drängt, sondern auch Forderungen nach ganz neuen Gestaltungen nicht mehr abgewiesen werden können, ist weit verbreitet. Die Absicht der Vorträge ist, aus dem bunten und vielfältigen Gebiete einige Hauptfragen herauszuheben und sie nach ihren grundsätzlichen Seiten darzulegen, soweit das in einer geringen Anzahl von Vorträgen möglich ist. Das genauere Programm befindet sich von Montag, den 7. Januar, an auf den Plakaten an den Anschlagsäulen. Wir bemerken noch, daß die Vorträge nicht, wie im Oktober angekündigt war, in der Aula der Ernestinenschule, sondern im Johanneum und zwar an den Montagen 13. und 20. Januar, 3. und 10. Februar, abends um 8½ Uhr, stattfinden werden.

Abendstern und Mond. Schon in der früheren Dämmerung tritt jetzt im Süden der grellfunkelnde Abendstern hervor. Geraume Zeit ehe irgend ein anderer Stern am Firmament sichtbar wird, lenkt er schon die Aufmerksamkeit auf sich. Seinen höchsten Stand im Südmeridian erreicht er im Januar kurz nach 3 Uhr nachmittags, doch wächst dieser im Laufe des Januar um fast volle 15 Grad, also um einen sehr bedeutenden Betrag. Am Abende des 11. Januar wird nun der Mond, der die zunehmende Sichel zeigt, nahe östlich von Venus glänzen und mit dieser eine prächtige Konstellation bilden. Der Mond hat nämlich am gleichen Tage, vormittags 11 Uhr, Konjunktion mit Venus, bei der er 1 Grad 33 Min. südlich von dem Planeten steht. Diese Konjunktion bietet zugleich Gelegenheit, die Venus am Tage zu beobachten, da sie schon durch ein schwaches Instrument wahrzunehmen und um 11 Uhr mittags drei Vollmondbreiten unterhalb des Monds leicht zu finden ist.

pb. **Selleriediebstahl.** Von einem in der Nähe der Kahlhorst belegenen Acker sind in der Nacht vom 2./3. d. M. etwa zwei Schock Sellerieköpfe gestohlen worden.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde der zweite, an dem Raube auf dem Brink bei der Kaserne in der Fackenburger Allee beteiligte Arbeiter. Er hat ferner noch ein Fahrrad in der Fackenburger Allee und ein Fahrrad in der Warendorpstraße gestohlen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 3. ds. Mts. gegen 6½ Uhr abends ist vor dem Postgebäude am Markt ein Fahrrad, Marke „Diamant", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen mit grünen Streifen, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 6713 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Diebesbeute.** Bei dem in der Silvesternacht in der Kastanien-Allee verübten Einbruchsdiebstahl wurden außer den bereits gemeldeten Gegenständen noch zwei silberne Teelöffel mit dem Stempel 800, sowie ein getragenes dunkelgraues Winterjackett mit geschlossenem Kragen und zwei Reihen Knöpfen gestohlen. Die Löffel befanden sich in einem gelblichen Etui mit der Firma „Tollgreve". In den Taschen des Jacketts befanden sich ein grauer gestrickter Handschuh und ein rotes Taschentuch.

pb. **Entwendeter Paletot.** Am 3. ds. Mts. in der Zeit von 10½ Uhr vormittags bis 5½ Uhr nachmittags ist aus einem Hause der Lindenstraße ein dunkelgrauer Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen und grünen und blauen Streifen gestohlen worden. Im Futter des Ueberziehers befindet sich links unten eine Tasche. In einer Tasche des Ueberziehers befanden sich ein Paar dunkelgraue Handschuhe.

Sündenböcke, das Zugstück des Berliner Ensemble-Gastspiels, wird, um dem großen Andrang einigermaßen zu entsprechen, Sonntag, den 5. Januar, abends 8¼ Uhr nochmals, jedoch zum letzten Male, in der bekannten ausgezeichneten Rollenbesetzung gegeben. Wir empfehlen allen Freunden des Humors, sich rechtzeitig im Vorverkauf Plätze zu sichern; eine Gebühr hierfür wird nicht erhoben. — Das mit rauschendem Beifall aufgeführte Strindbergsche Werk „Der Vater" geht Montag, 6. Januar, 8¼ Uhr als volkstümliche Vorstellung (50 Pfg. auf allen Plätzen) zum letzten Male in Szene. — Für Dienstag, den 7. Januar wird wiederum ein großer Schlager, der tolle Schwank „Die Welt ohne Männer" vorbereitet.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Die am Mittwoch mit großem Beifall aufgenommene Operettenneuheit „Eva" von Franz Lehar wird nicht am Sonntag, sondern am Montag wiederholt. Für Sonntag abend ist die Oper „Der Schmuck der Madonna" angesetzt worden, womit auch vielfachen, an die Direktion gerichteten Wünschen entsprochen wird. Das Nachmittagsstück ist wieder „Max und Moritz", das mit dem „Großen Märchenbuch" immer hellen Jubel bei den Kleinen und herzliche Freude bei den Großen auslöst. — In der nächsten Woche finden zwei Wagner-Aufführungen statt, die einen erhöhten Reiz gewinnen, weil darin zwei beachtenswerte Künstler ein Gastspiel auf Engagement absolvieren. Dienstag wird sich der Bassist Herr Diabal vom Leipziger Stadttheater als Landgraf dem Publikum vorstellen, während am Sonnabend, dem 11. Januar, Frau Helene Offenberg vom Stadttheater in Graz (früher Hamburg) als Senta debütiert.

Hamburg. Ein entsetzliches Brandunglück ereignete sich in der Nacht zum Freitag im Eckhaus Heinestraße 30 und Seilerstraße (St. Pauli). Dort war im Hochparterre ein Feuer entstanden, das sich über das Treppenhaus einen Weg nach der vierten Etage bahnte, und durch welches zwei Personen schwer und zwei leichter verletzt wurden. In dem genannten Hause liegt das Treppenhaus nach hinten und neben der Treppe in jedem Stockwerk ein Zimmer mit separatem Eingang. Zwischen 4 und 4½ Uhr kam die Bewohnerin des im Hochparterre neben der Treppe gelegenen Zimmers, die Schwedin Alma Sliött, nach Hause, lief aber nach kurzer Zeit schreiend und „Krieg, Krieg!" rufend wieder hinaus auf die Straße. Aus ihrem Zimmer, dessen Tür sie offen gelassen hatte, schlugen die hellen Flammen, die sofort das Treppenhaus ergriffen und starken Qualm mit sich führten, der nicht nur das Treppenhaus erfüllte, sondern auch in die Wohnungen drang. Während die Türen der drei unteren Etagen verschlossen blieben, wurden die Bewohner im vierten Stockwerk links durch den Rauch aufgescheucht und öffneten die Korridortür, durch die sofort die Flammen und der Rauch mit großer Gewalt eindrangen. Als die Mannschaften der Feuerwehr über eine große Magirusleiter in die Wohnung eindrangen, fanden sie diese vollständig in Flammen und vier Personen besinnungslos und mit Brandwunden bedeckt vor. Alle vier wurden ins Hafenkrankenhaus transportiert. Die in Angst und Schrecken versetzten Bewohner der anderen Etagen wurden beruhigt und angehalten, ihre Wohnungstüren nicht zu öffnen, was sie vor Gefahr schützte. Die Verwüstungen, die das Feuer im ganzen Hause angerichtet hat, sind ganz unbeschreiblich. — Doppelselbstmord eines Liebespaares. In einer Kellerwohnung am Stadtdeich wurde gestern morgen der 20jährige Sohn Emil des dort wohnenden Fruchthändlers Remmert und dessen 19jährige Geliebte Luise Möller erschossen aufgefunden. Zweifellos haben beide Selbstmord verübt. Remmert, der einen Revolver in der Hand hielt, hat offenbar erst seine Braut und dann sich selbst erschossen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß das Paar die Tat begangen hat, weil eine Heirat infolge unheilbarer Krankheit der Braut unmöglich war.

Bremen. Mord. Am 30. Dezember wurde am Ufer der Weser eine Leiche gefunden, der Kopf, Arme und Beine fehlten. Der Polizei ist es jetzt gelungen, Klarheit in der Angelegenheit zu schaffen. Die zerstückelte Leiche ist mit der eines in der Kl. Krummenstraße wohnhaften 32jährigen Blumenhändlers Joseph Wilh. Bolzen, aus Düsseldorf gebürtig, identisch. Der Verdacht, ihn ermordet zu haben, fällt auf seine Ehefrau. Mitbewohner des Hauses wollten am ersten Weihnachtstage morgens eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Eheleuten gehört haben. Sie vernahmen dann einen schweren Fall und darauf Röcheln und Stöhnen. Durch die Zimmerdecke der Bewohner des Unterhauses, über der die Wohnung der B.schen Eheleute belegen ist, sickerte Blut. Am folgenden Tage hörten Mitbewohner längere Zeit ein auffälliges Geräusch, als ob Holz oder Knochen zersägt wurden. Die Polizei nimmt an, daß die Ehefrau mit Hilfe eines Liebhabers ihren Mann ermordet und die Leiche, um sie unkenntlich zu machen, zerstückelt hat. Die Frau und ein Logismann, ein auswärtiger Orgelspieler, sind in Haft genommen. Die Frau bestreitet die Tat und gibt an, ihr Mann sei nach seiner Heimat, Düsseldorf, abgereist.

Bremen. Der „neutrale" Senat. Die bremische Bürgerschaft beharrte am 4. Dezember einer ablehnenden Antwort des Senats gegenüber auf dem Standpunkte — allerdings gegen eine starke Minderheit —, daß staatliche und kommunale Arbeiten „tunlichst" nur an solche Unternehmer vergeben werden sollen, die die tariflichen Abmachungen zwischen Unternehmern und Arbeitern anerkennen. Obgleich der Beharrungsbeschluß der Bürgerschaft durch das hineinbugsierte Wort „tunlichst", beantragt von dem früheren fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Hormann, leider sehr abgeschwächt wurde, hat der bremische Senat jetzt wieder sein kategorisches „Nein!" bekanntgeben lassen. Eine derartige Vorschrift den Unternehmern, die für Staat oder Gemeinde Arbeiten ausführen, aufzuerlegen, verstieße gegen die „staatliche Neutralität" im Wirtschaftsleben! Der alte Manchesterstandpunkt ist in Bremen, im „liberalen" Bremen leider noch nicht überwunden. Begierig kann man sein, ob die Bürgerschaft noch weiter fest bleiben oder ob sie nunmehr umfallen wird, wie sie das gewöhnlich zu tun pflegt, wenn Senatus zum zweiten Male nicht nachgibt. Da die Mehrheit für den Beharrungsbeschluß der Bürgerschaft nicht groß war, ist um so weniger Hoffnung auf deren Standhaftigkeit vorhanden.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 5. bis 11. Januar 1913:

Sonntag, den 5. Januar, nachm. 3½ Uhr: „Max und Moritz", ein Bubenstück nach Wilh. Busch. Hierauf: „Das große Märchenbuch". Abends 7½ Uhr: „Der Schmuck der Madonna", große Oper von Wolf-Ferrari. Montag, den 6. Januar: „Eva" (Das Fabrikmädel), Operette von Franz Lehar. Dienstag, den 7. Jan.: „Tannhäuser", Oper von Rich. Wagner. Mittwoch, den 8. Januar: „Alt Heidelberg", Schauspiel von Meyer-Förster. Donnerstag, den 9. Januar: „Madame Butterfly", Oper von G. Puccini. Freitag, den 10. Jan.: „Der gutsitzende Frack", Komödie von Gabriel Drégely. Sonnabend, den 11. Januar, nachm. 3½ Uhr: „Max und Moritz" und „Das große Märchenbuch". Abends 7½ Uhr: „Der fliegende Holländer", Oper von Rich. Wagner.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 3. Januar.

Auftrieb 4000 Schweine. Markt rege.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 82,— (—,— bis 65,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 82,— bis 83,— (64,— bis 65,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 82,— bis 83,— (64,— bis 65,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 82,— bis 83,— (64,— bis 64,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 81,— (54,50 bis 61,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 80,— (62,50 bis 64,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 77,— (56,— bis 60,—) Mk.

Verantwortlich für die Redaktion „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gebr. Hirschfeld Lübeck Breite Str. 39-41

Unser großer

Inventur-Ausverkauf

beginnt am **Montag, den 6. Januar.**

Alle auf Lager befindlichen Waren unserer

Damen- und Kinder-Konfektion

werden zwecks totaler Räumung ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu

148 **ganz außergewöhnlich billigen herabgesetzten Preisen ausverkauft.**

Moderne Garnituren durch Zufall nur 95 Mk., prachtvolle Salongarnitur statt 220 Mk. nur 165 Mk., direkt an Private, Händler verbeten. Lager **Wahmstr. 83.** Inhaber Fachmann. Salon- und Auszugtische 18 Mk., Spiegel, Trumeaus, Vertikos, Schreibtische, Buffets, Divans, Umbauten, Lederstühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle, Bilder sehr enorm billig. Plüschgarnitur f. 85 Mk. (152

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg
107)

Weisser Engel

Jeden Sonntag:

Freier Tanz.

Eintritt frei. (114) **Bernh. Boldt.**

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
2) **H. Pagel.**

Friedr.-Franzhalle

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen

Eintritt frei.

141) Exhibition Krankenhaus.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

140) **J. Rieck.**

Friedrichshof.

Jeden Sonntag: (111) **Tanzkränzchen.**

Dienstag, 11. Januar:

4. Familien-Ball.

Adlershorst. (110)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Neu-Lauerhof.

111) Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Wilhelm-Theater.

112) Jeden Sonntag:

Große Ballmusik.

Mit dem Ausstoss

unseres bisher so beliebten

Bockbiers

beginnen wir **Donnerstag, den 9. d. Mts.,** und bitten unsere verehrten Kunden und Gönner um gefl. Aufträge.

Lübecker Vereins-Brauerei, e. G. m. b. H.

Telephon 8963. (151) Telephon 8963.

Hauptgildetag

der

St. Gertrud-Schweinegilde

am Sonntag, 5. Jan. 1913
abends 8 Uhr
im Lokale „Neu-Lauerhof".

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912 und Jahresabrechnung.
2. Festsetzung der Beiträge.
3. Festsetzung des Kassierergehalts.
4. Verlesen der Statuten.
5. Vorstandswahl und Wahl von Taxatoren.
6. Verschiedenes.
7. Beitragerheben. 123

Konsumverein

für Stockelsdorf u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Mittwoch, 8. Jan. 1913
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn **Paetau, Fackenburg.**

Tagesordnung

1. Bericht f. d. verflossene Halbjahr.
2. Verschiedenes.

153) **Der Vorstand.**

Gasthof Genin

Sonntag, den 5. Januar:

Großes Tanzkränzchen

Schwartauer Musikkapelle.
Hierzu ladet freundlichst ein
122) **H. Martens.**

Zentralverband der

Maschinisten und Heizer.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

Kappenfest

am Sonntag, den 12. d. M.,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Eintritt 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg., mehr Gardarobe. 124
Kappen sind im Lokal zu haben.

Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank

in Lübeck. (2

Annahme von Spareinlagen;
Verzinsung 3½ Prozent;
feste Belegung nach Uebereinkunft.

Bis zum 10. Januar eingezahlte Beträge werden vom 1. Januar ab verzinst.

Trinkt

3) **Buntekuh-Kümmel**

Lampkens-Brennerei Buntekuh.

Sozialdemokratischer Verein.

Ausserordentliche

General-Versammlung

am Dienstag, dem 7. Januar
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Aenderung der §§ 5, 7, 8 u. 9 des Statuts.
3. Vortrag des Genossen Mehrlein: Unser Strafrecht in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

147) **Der Vorstand.**

Konzerthaus „Flora".

139) **Jeden Sonntag:**

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof.

Sonntag: Große Tanz-Musik.

121) **Gustav Gipp.**

Kaffeehaus Moisling

148) **Sonntag, den 5. Januar:**

Freies Tanzkränzchen.

Konzerthaus Zauberflöte

Neue Kapelle!
Österreichisches Damen-Orchester **„Juliane"**
6 Damen, 1 Herr.
Anfang 4 Uhr
Eintritt gänzlich frei.
136) **Ludwig Kock.**

Hansa-Theater

Heute Sonntag

Nachmittags **4 Uhr** kleine Preise.

Abends **8½ Uhr**

Der größte Erfolg!
Zum erstenmal in Lübeck.

Zirkus Liliput.

30 Pers.! 30 Pers.!

Vorher die neuen Spezialitäten. (138

Nach der Vorstellung ab 11 Uhr Kabarett.

Montag u. folgende Tage Zirkus Liliput, Anf. 8½ Uhr

Stadthallentheater.

Direktion: **E. Feldhusen.**
Berliner Ensemble-Gastspiel.
Sonnabend **keine** Vorstellung.
Sonntag, 5. Jan., abds. 8¼ Uhr:
Unbedingt letzte Aufführung
der tollen Burleske

Sündenböcke.

Beispielloser Lacherfolg.
Vorverkauf bei Herrn Fr. Nagel, Markt 14, und bei Herrn Carl Roß, Kohlmarkt 21. (126
Keine Vorverkaufsgebühr.

Voranzeige:
Montag, d. 6. Januar, 8¼ Uhr:
Volkstümliche Vorstellung.
50 Einheitspreis Fünfzig ₰ 50
Auf vielfachen Wunsch:
Der Vater.
Tiefgehender Erfolg.

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 5. Januar 1913.
Nachm. 3½ Uhr. Ende 5½ Uhr.
Außer Abonnem. Nachm.-Preise.

Max und Moritz

und: **Das große Märchenbuch.**
Abends 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
92. Vrst. i. V.-Ab. Große Preise.

Der Schmuck der Madonna.

Große Oper von W[illegible]errari.
Montag, den 6. Ja[illegible] 1913.
Abends 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
93. Vrst. i. V.-A. 15. Vrst. i. Montag-A.

Eva (das Fabrikmädel).

Operette von Franz Lehar.
Große Preise. 125
In Vorber.: **Der gutsitzende Frack.**
Komödie von Gabriel Dregely.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 3. Sonnabend, den 4. Januar 1913. 20. Jahrg.

Die konfiszierte sozialdemokratische Dumadeklaration.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Während der Debatte über die Regierungsdeklaration in der Duma verlas Genosse Malinowsky eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, die nach einer vernichtenden Kritik der inneren und äußeren Politik des Zarismus die grundsätzliche Stellungnahme der Fraktion zu allen auf de rTagesordnung stehenden politischen und sozialen Fragen formuliert. Diese programmatische Kundgebung der sozialdemokratischen Fraktion, die angesichts der eminent wichtigen Rolle der Fraktion im politischen Leben Rußlands wie bei dem Wiederaufbau der sozialdemokratischen Arbeiterpartei von enormer Bedeutung ist, wurde von den Preßkosaken der Regierung kurzerhand konfisziert, trotzdem die Reden in der Duma selbst nach russischem Gesetz immun sind und von den amtlichen Stellen publiziert werden müssen. Die beiden sozialdemokratischen Tagesblätter „Lutsch" (Fackel) un d„Prawda" (Wahrheit) sind wegen Wiedergabe dieser Deklaration konfisziert, und die Redakteure dieser Blätter wegen angeblichen Verstoßes gegen den berüchtigten „Umsturzparagraphen" 129 zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden. Die feige liberale Presse hat sich darauf beschränkt, nur einige Zeilen aus der sozialdemokratischen Deklaration wiederzugeben. Es gilt nun, allen Verfolgungen der Regierung zum Trotz, der sozialdemokratischen Deklaration eine möglichst umfassende Verbreitung zu geben. Möge die sozialdemokratische Presse des Auslandes durch möglichst ausführliche Wiedergabe dieses historisch wie politisch wichtigen Dokumentes die Ergebnislosigkeit des Regierungsattentats auf die Redefreiheit der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten dartun. Der Wortlaut der Erklärung lautet wie folgt:

„Auf der Tribüne der 4. Reichsduma auftretend, erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß ihre Tätigkeit untrennbar verknüpft sein wird mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktionen der vorhergehenden Dumen. Die Sozialdemokratie Rußlands tritt als Bestandteil der internationalen Armee des sozialistischen Proletariats auf. Die Verschärfung der Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft führt zu einer Verstärkung des Klassenkampfes in ihr; immer häufiger werden die Zusammenstöße der Totengräber der mordernen Gesellschaft, der Lohnarbeiterklasse, mit den jetzigen Herren der Situation, der Kapitalistenklasse. Immer umfassender, heftiger, gewaltiger wird dieser Kampf, in dem dem Proletariat der Sieg winkt, und die Stunde des endgültigen Sieges immer näher rückt. Unsere Vorgänger in allen drei Dumen kämpften energisch gegen den Militarismus. Im vollen Einverständnis mit ihnen und der sozialistischen Internationale protestieren wir nun angesichts des Kriegsfeuers am Balkan, im Namen des Proletariats Rußlands mit aller Energie gegen die Versuche der herrschenden reaktionären und liberalen Klassen, Rußland unter irgend einem Vorwand in den Krieg hineinzuziehen. Wir schließen uns dem sozialistischen Kongreß in Basel an und erklären mit ihm Krieg dem Kriege. Die sozialdemokratische Fraktion sympathisiert mit den Bestrebungen der Balkanvölker, sich von der Vormundschaft der Großmächte zu befreien, deren herrschende Klassen aus eigennützigen Zwecken bestrebt sind, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Rückständigkeit und Zerstückelung der Balkanvölker zu verewigen. Zu gleicher Zeit jedoch lehnen wir im Verein mit den Sozialisten des Balkans voll Entrüstung die dynastische Interessenpolitik der Balkanreaktionäre ab, die das historisch notwendige Werk der Wiedergeburt des Balkans mit einem Blutbad verknüpfen. Dieser Weg kann nur die Widerstandskraft der Volksmassen am Balkan schwächen und zu einer noch größeren Entfaltung des Militarismus führen, der in den Händen der herrschenden Klassen aller Länder zur Verstärkung der Ausbeutung und Bedrückung der arbeitenden Massen beiträgt. Wir begrüßen die Bestrebungen der Proletarier in allen Balkanstaaten, dem Blutbad ein Ende zu setzen und die Balkanfrage durch Schaffung einer föderativen demokratischen Balkanrepublik zu lösen, und erklären zugleich, daß es weder am Balkan, noch in Persien oder im fernen Osten für die arbeitenden Klassen Rußlands Interessen gibt, die eine bewaffnete Einmischung rechtfertigen könnten. Wir protestieren deshalb gegen die Raubpolitik der russischen Regierung und erklären, daß alle äußeren Abenteuer und die mit ihnen verknüpfte Verstärkung des Militarismus nur den Ruin und die Unterdrückung der Völker Rußlands verschärfen und die Verwirklichung der nach 1905 ungelöst gebliebenen Aufgaben der politischen Befreiung des Landes hindern kann. Diese Aufgaben sind noch dringender und unaufschiebbarer geworden nach der 5jährigen Existenz der dritten Duma, in der die herrschende Bureaukratie, als die Vertreterin der parasitären Elemente und der agrarischen und kapitalistischen Gruppen, dank dem Staatsstreich vom 16. Juni folgsame Mitarbeiter in der Dumamehrheit gefunden und mit ihr zugleich den Ruin und die Rechtlosigkeit des Volkes verstärkt hat. Die Agrarpolitik der Bureaukratie und der Mehrheit der dritten Duma hat die Landarmut der Bauernmassen und ihre ständische Abhängigkeit nur noch verschärft und Vernichtung und Anarchie in das russische Dorf hineingetragen. Die Finanzpolitik ist nach wie vor auf indirekten Steuern, auf dem „Schnapsbudget" aufgebaut, und führt in verstärktem Maße dahin, daß die herrschenden Gruppen sich die Taschen füllen, und daß mehr als drei Milliarden für unproduktive Zwecke verausgabt werden. Die gesamte Wirtschaftspolitik hat sich in ein kolossales Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes verwandelt.

Die steigende Teuerung lastet mit schwerem Druck auf der Masse der städtischen Bevölkerung. Die Regierung, unterstützt von der Mehrheit der dritten Duma, hat einerseits durch die Unterdrückung jeder Selbsttätigkeit die Kräfte der Bevölkerung im Kampf gegen diesen Notstand paralysiert, und andererseits den Druck der Teuerung durch den Schutz der kapitalistischen Organisationen, die die Ausbeutung der Konsumenten verstärken, noch mehr verschärft. Die Arbeiterklasse sah sich einer endlosen Kette von Verfolgungen ausgesetzt, die sich gegen ihre politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen richteten, während die Kampforganisationen des Großkapitals sich vollster Bewegungsfreiheit erfreuten.

Die durch den Druck der Arbeiterbewegung entrissene Anerkennung der Arbeiterversicherung ist von der dritten Duma in einer Form verwirklicht worden, die ohne die gegenwärtige Lage der Arbeitermasse zu verbessern in vielen Beziehungen gegenüber der bestehenden Unfallversicherung und ärztlichen Arbeiterhilfe einen Rückschritt bedeutet. Auf dem Gebiete des allgemeinen Staatslebens schreitet die triumphierende Reaktion, nachdem die Mehrheit der dritten Duma den Staatsstreich vom 16. Juni 1907 begrüßt, auf demselben Wege immer weiter. Nach dem großen Staatsstreich folgte eine Reihe kleiner: die Auflösung der Duma auf die Dauer von drei Tagen, die „Erläuterungen" zahlreicher, namentlich jüdischer Wähler, die endlose Kette von Fälschungen bei den Wahlen für die vierte Duma, die Senatserläuterung, die selbst die Redefreiheit in der Duma zu beseitigen versucht. Das System der politischen Provokation ist nach wie vor einer der wichtigsten Grundlagen der Regierungspolitik. Eine der verbrecherischsten Handlungen der Provokation war die Verschwörung gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma, dazu bestimmt, den Staatsstreich vom 16. Juni vorzubereiten. Die von diesem Staatsstreich geborene dritte Duma hat natürlich diesen Akt der Regierungsprovokation für gut befunden. Die Willkür der zentralen und örtlichen Behörden übersteigt jetzt alles, was Rußland sogar vor 1905 zu spüren gehabt hat. In den überfüllten Gefängnissen werden die politischen Gefangenen der Reaktion solchen Martern und Folterungen, solchen Akten einer barbarischen Rachsucht unterworfen, die in der vorkonstitutionellen Zeit undenkbar gewesen wären. Wir sahen solche Verbrechen der Regierung, wie den Massenmord der Lenaarbeiter im Interesse der unersättlichen Profitgier ihrer Ausbeuter. Und dieses grenzenlose Bacchanal der Willkür und der Gewalt fand stets die Zustimmung der Mehrheit der dritten Duma. Dieselbe Mehrheit hat das System der Völkerverhetzung zu seiner Entfaltung gebracht, um mit den Völkerschaften selbst leichter fertig zu werden. Eine besonders ungeheuerliche Form nahm die Hetze gegen das jüdische Volk an; man griff sogar zu dem Versuch, die Legende des finstersten Mittelalters aufleben zu lassen, indem man die Ritualmordlegende wieder in Umlauf setzte. Alle Organe der Gewalt, selbst die Gerichte mit inbegriffen, stellten sich in den Dienst dieser Hetze.

Die dritte Duma hat der Regierung auch darin beigestanden, die finnische Verfassung zu zerstören und die Grenzmarken gewaltsam zu russifizieren, was hinsichtlich Polens in der Abgrenzung des Cholm-Gebietes am grellsten zum Ausdruck gelangt ist. Auf die dritte Duma gestützt, ist das barbarische System des Kultusministers Kasso zur Entfaltung gelangt, der die Hochschule zerstört, und die Mittel- und Volksschule in Kasernen verwandelt hat. Endlich hat sich die Polizei wie nie zuvor auf die Presse, namentlich auf die Arbeiterpresse gestürzt. Diese zerstörische, volksfeindliche Politik lastet nun wie eine tote Schlinge auf unserem Halse. Rußland würde der Zersetzung und der Vernichtung entgegengehen, wenn nicht die Bewegung der lebendigen Kräfte des Volkes die Atmosphäre der gesellschaftlichen Reaktion zerstreuen würde. Die Massenstreiks gegen die Lenametzelei und die Todesurteile, die Proteste der Arbeiter gegen die Verhetzung der nichtrussischen Volksstämme und gegen die Politik der kriegerischen Abenteuer, die Streiks am 1. Mai und der Kampf der Arbeiter für die Freiheit ihrer Organisationen — dies alles legt Zeugnis davon ab, daß die Welle der Arbeiterbewegung im Steigen begriffen ist,

---

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(29. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Man hat mich ja nicht mehr reden lassen," warf Lindenschmitt ein.

„Wenn das ist," entgegnete Born, „so bin ich dafür, daß man Herrn Lindenschmitt reden und ausführen läßt, wie gespart werden kann, wenn noch zehn Prozent vom üblichen Tagelohn abgezogen werden. Vielleicht lernen wir etwas dabei. Aber ich behalte mir dann vor, daß ich Herrn Lindenschmitt auch entgegnen darf."

Die Versammlung stimmte zu und Lindenschmitt erhielt das Wort.

„Kameraden," begann er, „man kann schon sparen. Es wird manche unnötige Ausgabe gemacht. Warum sind denn immer Sonntags die Wirtshäuser so voll? Es sind doch meistens Arbeiter, die drinnen sitzen."

„Ledige!" rief eine Stimme.

„Gut, dann sollen es ledige sein. Aber es gibt auch manche Frauen, die könnten ein übriges tun. Da müssen hübsche Kleider her, nach der Mode, Zeugstiefelchen und Mantillen, Sonnenschirme mit Spitzen und Hüte mit Federn drauf. Da könnten die Frauen doch auch —"

„Bloßkopf und barfuß gehen am Sonntag!" rief eine Stimme. Brausendes Gelächter folgte; der Vorsitzende aber klingelte und es wurde wieder ruhig.

„Und wenn man mir es auch nicht glauben will," fuhr Lindenschmitt fort, „man kann viel sparen. Da ist doch unlängst ein Büchlein erschienen, welches den Titel hat: „Wie lebt man gut und billig?" Und es sind darin Küchenzettel enthalten für alle Wochentage, so daß man für eine Mark täglich ganz gut und billig leben kann. Es ist freilich sehr oft Wurstbrühe und Knochensuppe dabei — —"

„Prosit!"

„Aber es geht doch ganz gut."

„Selbst schon versucht?"

„Das nicht," meinte Lindenschmitt etwas verlegen. Aber wenn es sein müßte, warum nicht?"

„Ist auch nicht nötig, hast ja Geld auf Zinsen," rief es wieder.

Der Vorsitzende bat den Redner aussprechen zu lassen und Lindenschmitt fuhr fort:

„Ich könnte hundert Gelegenheiten anführen, wo man zu sparen imstande wäre, aber das würde zu weit führen. Besonders kann man sparen mit den Ausgaben für Schriften. Es kommen gewiß nicht viele hierher, aber diejenigen, die sich so sehr über geringen Lohn beklagen, die lesen am meisten und könnten dafür sich lieber eine Sparbüchse anlegen."

„Und immer unwissend bleiben!"

„Ich will nur noch eines erwähnen. Es wird immer über die Teuerung geklagt, namentlich daß das Fleisch so teuer sei. Es gibt ein Haustier, das der Arbeiter nur zu halten braucht, um sich selber mit gutem und frischem Fleisch zu versorgen. Ich meine das Kaninchen."

Einige lachten. „Das Karnickel!" riefen sie.

„Nun ja," meinte Lindenschmitt, „es ist mein voller Ernst. Das Karnickel kann ohne große Kosten gezüchtet werden und gibt einen guten und fetten Braten, jedenfalls besser als altes zähes Kuhfleisch oder gar Pferdefleisch. Viele mögen allerdings sein Fleisch nicht und auch ich muß gestehen — — —"

„Aha, Probieren geht über Studieren!" rief es wieder.

„Ich habe mich erst daran gewöhnen müssen," fuhr Lindenschmitt fort. „Aber wenn wir nur sparen wollen, so können wir es auch."

Er trat ab und das allgemeine Gemurmel, das seiner Ansprache folgte, mochte wenig Schmeichelhaftes für ihn enthalten. Nun trat Fritz Born wieder vor.

„Freunde," rief er, „das Rezept, das wir da zum Sparen verschrieben bekommen haben, scheint mir nicht viel zu taugen. Herr Lindenschmitt ist einer von denen, die nebenbei noch etwas haben —"

„Und nebenbei zuweilen noch etwas für treue Dienste abkriegen," rief eine Stimme.

„Also er ist kein Mann, nach dem die allgemeine Lage zu schätzen ist."

„Jawohl, jawohl!" hieß es allerseits.

„Aber," fuhr Born fort, „es hat keinen Wert, wenn man nur Behauptungen gegen Behauptungen stellt. Man muß auch Beweise haben. Herr Lindenschmitt behauptet, bei einiger Sparsamkeit sei ein Lohnabzug von zehn Prozent in der Steinbeckschen Fabrik ganz gut zu ertragen. Ich dagegen behaupte, daß das nicht richtig ist, und ich werde nun meine Behauptung beweisen.

„Zu diesem Zweck habe ich mir heute mittag von einem Bekannten seine Lohnliste und sein Ausgabenbuch geben lassen und habe eine vergleichende Zusammenstellung gemacht. Auf diese Weise können wir dann am besten sehen, wie die Arbeiter der Steinbeckschen Fabrik daran sind."

Es war wieder ganz still geworden; alle lauschten gespannt und die Entferntesten reckten die Hälse, damit ihnen kein Wort verloren ging.

„Ihr habt," sprach Born, „eine tägliche Arbeitszeit von dreizehn resp. zwölf und einer halben Stunde. Das ist entschieden zu viel und widerspricht den Anforderungen der Hygiene. Aber wenn man die Arbeitszeit verkürzen wollte, so müßte man mehr Leute einstellen, und darum hält man so hartnäckig daran fest, obschon in verschiedenen großen Städten die Arbeiter und die Unternehmer im Tischlergewerbe und in der Möbelindustrie sich über eine Arbeitszeit von zehn Stunden täglich geeinigt haben. In Wendelheim ist man natürlich noch etwas hinter den modernen Entwickelungen zurück.

„Der Arbeitslohn schwankt zwischen zwei Mark fünfzig Pfennigen und drei Mark zwanzig Pfennigen pro Tag; rund genommen zwischen fünfzehn und zwanzig Mark pro Woche. Da die Fabrik nur sehr einfache Möbel und keine Kunstsachen liefert, so macht die Fähigkeit und Fertigkeit keinen großen Unterschied. Die besten und bestbezahlten Arbeiter stehen sich also auf eintausendundvierzig bis eintausendundfünfzig Mark im Jahr und das ist, ich muß der Wahrheit die Ehre geben, leider noch nicht der schlechteste Lohn, den ein Tischler in Deutschland bekommt, denn es gibt einzelne Städte, wo die Tischler noch keine siebenhundert Mark im Jahr verdienen."

„Sehr richtig!" scholl es aus dem Saal.

„Nun wollen wir einmal sehen, was eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen mit diesem Einkommen anfangen und wie sie leben kann. In dem Ausgabenbuch, das ich habe, steht für Brot jährlich achtundneunzig Mark elf Pfennig; für Butter und Schmalz jährlich zweiundvierzig Mark siebzig Pfennig."

„Das ist auch nicht vom besten Schmalz," rief ein bärtiger Arbeiter.

„Glaub's wohl," antwortete Born. „Für Fleisch finde ich angesetzt pro Jahr achtundsechzig Mark sechsundfünfzig Pfennig."

„Auch keine fetten Braten," rief es.

„Für Frühstück", fuhr Born fort, „das heißt für Zucker, Milch und Kaffee hundertachtzig Mark; da gibt es eben auch gar oft abends Kaffee, wahrscheinlich meistens; für Gemüse, Mehl und Hülsenfrüchte einundneunzig Mark einundfünfzig Pfennig; für Vesper, Nachtessen und so weiter dreinndneunzig Mark dreiundsiebzig Pfennig; für Seife, Soda und Stärke zwanzig Mark siebenundneunzig Pfennig; für Taschengeld für die ganze Familie vierundzwanzig Mark fünfundneunzig Pfennig."

„Das ist für das Wirtshaussitzen und für die Sonnenschirme mit Spitzen dran," warf jemand ein.

„Eine Wohnung von zwei Stuben und einer Küche kostet hundertachtundsechzig Mark," fuhr Born fort, „bei uns sind

daß die Zeit näher rückt, wo die **Arbeiterklasse an der Spitze einer neuen Freiheitsbewegung der Volksmassen für die volle Demokratisierung des Staatslebens eintreten wird.** Einerseits gestützt auf die ereignisschwangere innere Lage, die durch die Herrschaft einer junkerlich-plutokratischen Clique geschaffen ist, andererseits — auf die steigende Welle der Arbeiterbewegung, wird die sozialdemokratische Fraktion der vierten Duma, von dem sozialdemokratischen Programm ausgehend, ihre Schritte mit den von der Bewegung der Arbeitermassen in den Vordergrund gerückten Aufgaben in Einklang zu bringen suchen. Im Interesse der von uns vertretenen Arbeiterklasse werden wir für die Einführung des Achtstundentages, für eine umfassende Arbeitergesetzgebung und staatliche Versicherung der Arbeiter vor Krankheit, Unfälle, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit, wie auch für die Mutterschaftsversicherung aller Kategorien der Arbeitenden auf Kosten des Staates und der Unternehmer mit der Garantie der vollsten Selbstverwaltung der Versicherten eintreten. Diese Forderungen erhebend, wird die sozialdemokratische Fraktion in fester Ueberzeugung ihres Rechtes auftreten, vor allem im Namen der vielen Millionen der Arbeiter zu sprechen, die sich über alle polizeilichen Schranken hinwegsetzend, in alle Dumen unabänderlich sozialdemokratische Abgeordnete gesandt haben. Dann aber geben uns die Wahlen für die vierte Duma das vollste Recht zu erklären, daß die Sozialdemokratie, in der Duma zwar nur durch eine kleine Fraktion vertreten, im Lande selbst die bedeutendste Macht darstellt, die der bestehenden Ordnung feindlich gegenübersteht, denn für die Sozialdemokraten hat ungeachtet der ungünstigsten äußeren Umstände eine steigende Anzahl der städtischen Wähler gestimmt. Auf die Sozialdemokratie setzen die bedrückten Völkerschaften ihre Hoffnungen; endlich gehören ihr zweifellos die Sympathien der ungeheueren Mehrheit aller Personen, die von einem mißgestalteten Wahlgesetz von den Wahlurnen ferngehalten werden. Die Verteidigung aller demokratischen Schichten der Bevölkerung fällt der Partei der Arbeiterklasse auch deshalb zu, weil das liberale Bürgertum in Rußland unzuverlässig und von einem antidemokratischen Geiste erfüllt ist. Das organische Band mit der Arbeiterklasse, das an der Spitze aller demokratischen Schichten steht, anerkennend und aufrecht erhaltend, wird die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Dumaarbeit bestrebt sein, die organisierte Selbsttätigkeit der Massen aufrecht zu erhalten und auf eine breitere Basis zu stellen. Wir schrecken weder vor der Kompliziertheit noch vor der Schwierigkeit der vor uns stehenden Aufgaben zurück. Die unabweisbaren Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung sprechen für uns. Von ihnen ausgehend, haben wir die revolutionäre Bewegung von 1905 vorausgesehen, und in der Periode der Kontrerevolution die jetzt bereits begonnenen neuen Aktionen der Arbeiterklasse für die nächsten Forderungen und das Endziel der Sozialdemokratie Rußlands prophezeit. Diese feste Sicherheit gibt uns den Mut auch in der vierten Duma für die Herbeiführung des Augenblickes zu arbeiten, wo eine vom ganzen Volke erwählte konstituierende Versammlung mit der vollsten Demokratisierung des Staatslebens beginnen, und damit der Arbeiterklasse den Weg freimachen wird für den Kampf um die Befreiung aus den Ketten der Lohnsklaverei, für den Kampf um den Sozialismus."

Gewerkschaftsbewegung.

Ein fünfzigjähriges Jubiläum eines Gewerkschaftsblattes. Vor wenigen Wochen konnte der Berliner Zweigverein des Verbandes Deutscher Buchdrucker sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Das Verbandsorgan des Buchdruckerverbandes, der „Korrespondent", folgt jetzt in der Reihe der fünfzigjährigen Jubilare. Am 1. Januar 1863 erschien als Eigentum des Leipziger Vereins eine Wochenschrift für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer mit dem Titel der „Korrespondent". Richard Härtel, der erste Präsident des 1866 gegründeten deutschen Buchdruckerverbandes war gleichzeitig Redakteur dieses Verbandsorgans. Die Vorfahren des „Korrespondent" reichen bis zum Jahre 1766 zurück und zwar wurde in jenem Jahre durch den Faktor Schwarz in Hamburg eine Zeitschrift, betitelt „Der Buchdrucker", herausgegeben. Nach 8 Jahren wurde von Schwarz eine Neuauflage herausgegeben, ein Zeichen, daß das Bedürfnis für eine Fachzeitung vorhanden war. Zu halten war diese Zeitschrift jedoch nicht. Später unternahm der Buchdruckereibesitzer Billig in Mittweida im Jahre 1846 den Versuch, mit der „Typographia" den Buchdruckern ein Blatt zu schaffen, das im Gegensatz zu seinen Vorläufern offensichtlich dem Gehilfenstandpunkt mehr zuneigte. Der inzwischen im Mai 1848 auf den Plan getretene „Gutenberg" erschwerte der „Typographia" aber das Dasein, so daß auch dieses Blatt einging. Der „Gutenberg" brachte es in seinem fast fünfjährigen Bestehen zur Bedeutung eines wirklichen Gehilfenblattes, er konnte bis zu den Augusttagen 1848 2000 Abonnenten aufweisen. Doch auch diesem dritten Buchdruckerorgan stellten sich enorme Schwierigkeiten entgegen, denen es schließlich erlag. Die polizeilichen Verfolgungen, die Bedrückungen durch die Prinzipale, das neue preußische Preßgesetz und der Rückschlag der verunglückten Tarifaktion vom August 1848 brachten den „Gutenberg" schließlich auf 600 Bezieher herunter; mit Ende 1852 stellte er sein Erscheinen ein. Ein im Jahre 1852 gegründetes neues Blatt, das etwa 700 Abonnenten zählte, mußte ebenfalls sein Erscheinen im Jahre 1857 einstellen. Die Leipziger Buchdrucker beschlossen am 24. März 1862 einen Ausschuß für das zu gründende Journal einzusetzen. Die materiellen Mittel wurden dazu aufgebracht durch 200 Anteilscheine zu 15 Neugroschen, die allmählich durch Auslosung zur Rückzahlung gelangten. Es mußte auch eine Kaution von 500 Taler bei der Regierung gestellt werden, die später auf 800 Taler erhöht wurde. Die erste Nummer dieses neuen Blattes erfreute sich allgemein beliebter Aufnahme, selbst im Auslande. Unter Härtels Leitung, der 37 Jahre lang am „Korrespondent" wirkte, entwickelte sich der „Korrespondent" zu dem allseitig anerkannt vortrefflichen Gewerkschaftsblatt, das besonders den Gedanken der Tarifverträge mit Geschick und Tatkraft vertrat. Der „Korrespondent", der heute wöchentlich dreimal erscheint, hat eine Abonnentenzahl von 49 300. Da dieses Gewerkschaftsblatt nicht obligatorisch für die Mitglieder eingeführt ist, so liefert seine Auflage zu den im Buchdruckerverband organisierten rund 62 000 Buchdruckern einen Beweis dafür, daß das Blatt sich in den Kreisen der Buchdrucker großen Eingang verschafft hat. Zu seinem Ehrentage gratulieren ihm nicht nur die Buchdrucker, sondern auch die gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Der Übertritt des Lagerhalterverbandes zu dem Handlungsgehilfenverband ist mit Jahresschluß erfolgt. Die Lagerhalter-Zeitung erscheint ab 1. Januar im Verlage des Handlungsgehilfenverbandes vierzehntägig unter dem Titel „Der Filialleiter". Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

Der Anschluß des Schiffszimmererverbandes an einen der bestehenden größeren Verbände war Gegenstand der Beratung in einer Konferenz, an der die Vorstände der Schiffszimmerer, Metallarbeiter und Holzarbeiter teilnahmen. Eine Generalversammlung des Schiffszimmererverbandes hatte seinerzeit den Vorstand beauftragt, mit den Metallarbeitern und Holzarbeitern Rücksprache in der Verschmelzungsfrage zu nehmen. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß der Vorstand des Schiffszimmererverbandes erklärte, nach Lage der Dinge nur den geschlossenen Anschluß des Verbandes an den Holzarbeiterverband empfehlen zu können, weil die meisten seiner Mitglieder nur in Holz arbeiten und weil aus taktischen Gründen eine Spaltung in Holz- und Metallarbeitern bei den Schiffszimmerern nicht erwünscht ist.

Zur Bergarbeiterbewegung im Saarrevier liegen folgende Meldungen des Wolffschen Telegraphenbureaus aus Saarbrücken vor: Gestern nachmittag sind in die Grube „Velsen" von 477 Mann 108 eingefahren. Auf der Fettkohlengrube der Bergwerksinspektion Luisenthal ist bei der Mittagsschicht nur der kleinere Teil der Belegschaft angefahren. Zwei Sicherheitsmänner dieser Grube zogen ihre Kündigung zurück und meldeten für gestern nachmittag eine Fahrschicht. Hiermit erklärte sich die Betriebsleitung einverstanden, was einem Sicherheitsmann auf seine Frage auch noch von dem zuständigen Bergwerksinspektor bestätigt wurde. Trotzdem fuhren die beiden Sicherheitsmänner nicht an. Der Grund hierfür wurde von niemand angegeben. Forderungen sind nicht gestellt worden. Es herrscht vollkommene Ruhe. — In Geislautern und Obervölklingen fanden Bergarbeiterversammlungen statt, in denen mehrere christliche Gewerkschaftsführer sprachen. Es wurde einstimmig beschlossen, wegen der Vorgänge auf der Grube Velsen bezüglich der Sicherheitsmänner zu streiken. Die Bewegung geht anscheinend von den Bergleuten der Grube Velsen aus, welche die Bergarbeiter der benachbarten Gruben für die Solidaritätserklärung zu gewinnen suchen. In Betracht kommen sämtliche Gruben der Berginspektionen 2 und 12.

Der deutsche Technikerverband verzichtet auf das Streikrecht. Der preußische Minister für Handel und öffentliche Arbeiten, Sydow, hatte durch Erlaß den auf Privatdienstvertrag angestellten Eisenbahntechnikern die Mitgliedschaft im Bunde der technisch-industriellen Beamten und im Deutschen Technikerverbande verboten. Der Deutsche Technikerverband richtete daraufhin an den Eisenbahnminister eine Eingabe, in der geltend gemacht wurde, daß nach der neuen Satzung des Verbandes für die in den Betrieben der Gemeinde oder des Staates beschäftigten technischen Beamten und Angestellten auf gemeinsame Kündigung und Arbeitsniederlegung ausdrücklich Verzicht geleistet werde. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daraufhin, der Deutschen Techniker-Korrespondenz zufolge, den Königlichen Eisenbahndirektionen mitgeteilt, daß für ihn kein Anlaß mehr vorläge, den Angehörigen der Staatseisenbahnverwaltung die Mitgliedschaft im Deutschen Technikerverbande zu untersagen.

Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaftsorganisation ist strafbar. Der Gemeindevorsteher in Piesau i. Thüringen hat gegen einige jugendliche Glasarbeiter folgende Strafverfügung erlassen: Es ist gegen Sie zur Anzeige gekommen, daß Sie dem Glasarbeiterverband angehören und am 19. November 1912 vom hiesigen Schulvorsteher aufgefordert worden sind, Ihre Abmeldung beglaubigt binnen acht Tagen beizubringen. Letzteres ist aber bis heute noch nicht geschehen. Uebertretung gegen § 18 b der des Ortsgesetzes d. G. P. betr. Fortbildungsschule vom 4. 5. 1908. Beweismittel: Eigenes Geständnis. Es wird daher gegen Sie eine Geldstrafe von 10 Mark hiermit festgesetzt, welche binnen 14 Tagen an die hiesige Gemeindekasse zu bezahlen ist. Sollten Sie sich durch diese Strafverfügung beschwert finden, so steht Ihnen binnen zwei Wochen von der Eröffnung an Berufung an das Kreisschulamt zu, die bei dem Gemeindevorstand oder beim Kreisschulamt in Saalfeld einzulegen ist. Stellen Sie diesen Antrag nicht, so wird diese Strafverfügung vollstreckbar. Piesau, 22. Dezember 1912. Der Gemeindevorstand. Otto Kühnert. Der gute Gemeindevorstand denkt so die Jugend vor den verflixten freien Verbänden zu bewahren. Daß es so etwas wie ein Vereinsgesetz gibt, das für gewerkschaftliche Mitglieder keine Altersgrenze kennt, braucht natürlich der Gemeindevorstand nicht zu wissen. In der Berufungsinstanz wird ihm das plausibel gemacht werden. Uebrigens soll das Ortsgesetz, auf Grund dessen die Verfügung erfolgte, gar nicht mehr zu Recht bestehen. Interessant ist, daß in Piesau auch die Glasfabrik Müller & Kühnert gegen die Organisation mit allen Mitteln vorgeht und daß deshalb die Firma von der Organisation der Glasarbeiter gesperrt ist. Es liegt recht nahe, anzunehmen, daß bei der Gleichheit der Namen nähere Beziehungen obwalten. Wir glauben aber, die Herren haben sich das doch etwas leichter ausgemalt, als es in Wirklichkeit ist, und schließlich wird der eine Herr Kühnert die blanken Geldstücke nicht bekommen und der andere wird sich noch recht lange mit dem Verbande der Glasarbeiter herumschlagen müssen.

Aus der Arbeiter-Internationale.

Oesterreich. Das Verbandsorgan der Fleischer wurde konfisziert, weil es in einer statistischen Tabelle die Ausgaben der europäischen Staaten für Militarismus und Volksbildung gegenübergestellt hatte. — Auch in Oesterreich scheint jetzt der Kampf zwischen „christlichen" und „katholischen" Gewerkschaftlern loszugehen. Die „Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung", das Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, bringt nämlich einen geharnischten Artikel gegen „die Berlinerei, Sitz Wien", gegen jene Elemente, „welche mit allen Mitteln dahin streben, den ekelhaften, den Katholiken vor aller Welt zur Schande und zum Schaden gereichenden Kampf der Berliner in Oesterreich einzubürgern".

Schweiz. Der Schweizer Gewerkschaftskongreß wird Anfang September 1913 in Zürich tagen. Im Anschluß daran wird die Internationale Konferenz der Gewerkschaftlichen Landeszentralen und, zum ersten Mal, eine Konferenz der Vertreter des Landeszentralen mit allen Internationalen Berufssekretären stattfinden.

Frankreich. Die zahlreiche Gruppe von Revolutionären, die sich im Lauf der Zeit um Hervé und sein Blatt, die „Guerre-Sociale" gesammelt hatte, ist jetzt mit wenigen Ausnahmen in die sozialistische Partei eingetreten, „um dort

---

die Mieten ja noch etwas billiger als in den großen Städten. Dort würde eine Stube mit einer Küche schon so viel kosten."

„Sie steigern uns auch," hieß es.

„Das ist eine allgemeine Kalamität," sagte Born. „An Steuern hat der Mann bezahlt fünfzehn Mark; für Krankenkassen- und Vereinsbeiträge fünfundzwanzig Mark sechsunddreißig Pfennig. Sie wissen ja, der Herr Kommerzienrat sieht es gerne, wenn sich seine Arbeiter an dem Turnverein und an dem Gesangverein beteiligen; da schließen sich nur die alten Leute aus; die jungen tun mit, um kein Mißfallen zu erregen. Für Arzt und Apotheke sind dreizehn Mark neunundzwanzig Pfennig angeführt, für Brennmaterial und Beleuchtung sechzig Mark fünfundachtzig Pfennig. Dann kommt die Bekleidung für Mann, Frau und Kinder, Schuhwerk, Weißzeug, Strümpfe, Schürzen und so weiter mit vierundachtzig Mark."

„Die machen auch keinen Staat," ward dazwischen gerufen. „Wo bleiben da die Zeugstiefelchen und die Federhüte?"

„In anderen Jahren werden sie mehr für Kleidung ausgeben müssen," meinte Born.

„Aber woher nehmen?" scholl es zurück.

Born zuckte die Achseln.

„Für Geschirr, Ersatz an Mobiliar, Reparaturen und so weiter sechzehn Mark achtundsiebzig Pfennig; für Band, Faden, Garn sechs Mark dreiundsechzig Pfennig; für Schulgeld, Bücher und Papier neun Mark fünf Pfennig."

„Und für verbotene Schriften?" rief einer. Heiterkeit ward bemerkbar.

„Davon finde ich nichts," antwortete Born. „Für außerordentliche Ausgaben sind notiert achtzehn Mark fünfzehn Pfennig und für Schuldentilgung zweiundzwanzig Mark. So belaufen sich die Gesamtausgaben auf etwa eintausendsechzig Mark, die Einnahmen aber auf eintausendundvierzig bis eintausendfünfzig Mark, von denen aber noch Steuern und dergleichen abzuziehen sind. Es bleibt also ein Defizit von zehn bis zwanzig Mark jährlich für die bestbezahlten Arbeiter. Für die geringer und am schlechtesten bezahlten würde sich das jährliche Defizit im Haushaltungsbudget bei gleichen Ausgaben bis auf zweihundertundachtzig Mark erstrecken."

„Wie steht's da mit Sparen?" scholl es von der Galerie herab.

„Mit dem Sparen ist es da nichts," erklärte Born ernst. „Es ist nach meinen gewissenhaften Ermittelungen eine Tatsache, daß die Arbeiter sich schon bei den besten Löhnen sehr einschränken müssen und dann immer noch mit einem kleinen Defizit herauskommen. Für's Alter oder zu einem Notpfennig können sie gar nichts zurücklegen. Bricht einmal eine schlechte Zeit herein, so verfallen sie dem Elend. Und dabei stehen sie noch besser, als viele Tausende aus anderen Branchen. Man denke nur an die Weber in Schlesien, Sachsen und Thüringen!"

„Aber die Federhüte der Weiber?" rief es wieder.

„Es gibt unter den hiesigen Arbeitern eine Anzahl, deren Frauen einen Nebenverdienst haben; sie waschen oder nähen für andere oder haben einen kleinen Handel. Sie machen ihren Männern damit keine Konkurrenz. Wenn solche Frauen sich ordentlich kleiden, wer kann etwas dagegen haben? Es sind aber nur wenige. Die Mehrzahl der Arbeiter kann keine Sprünge machen und von Vergnügungen ist ihnen sehr wenig, fast nichts gegönnt. Es wäre ihnen aber zu gönnen, denn sie müssen sich herzhaft plagen für ihren geringen Lohn."

„Bravo! Bravo!" scholl es im Saal.

„Mit dem Karnickel hat es seine eigene Bewandtnis. Ich weiß wohl, daß in Frankreich jährlich 80 Millionen Kaninchen gegessen werden. Man züchtet sie dort auf großen Plantagen. Das Fleisch ist nicht übel, aber mancher hat nun einmal einen Widerwillen dagegen. Für den Arbeiter, der das Fleisch mag, kann es vorteilhaft sein, wenn er sich selber Kaninchen züchtet, aber dann muß er Raum haben, um einen Stall für die Tiere anlegen zu können. Das mag auf dem Lande da und dort gehen, in der Stadt, in den engen Wohnungen der Arbeiter, geht es einfach nicht."

„Lindenschmitt muß aufs Land!" rief eine Stimme und die Versammlung lachte laut auf. Der Vorsitzende gebot Ruhe.

„Es ist ganz angenehm," fuhr Born fort, „wenn sich jemand etwas ersparen kann; dann muß er aber auch ein entsprechendes Einkommen haben. Wenn er nun so schon weniger hat, als er braucht, um nur notdürftig zu existieren, so kann er nicht sparen, und es ist abgeschmackt, ihm zu sagen, er solle durch Sparsamkeit seine Lage verbessern. Unsere behäbigen Bürgersleute, die es besser machen können, sind immer gleich bei der Hand mit dem Sparrezept; aber wo kämen denn die Gewerbetreibenden hin, wenn die Masse der Arbeiter nichts ausgeben wollte? Sie würden ja keine Geschäfte machen. In der Tat kommt die lange Geschäftsstockung, unter der wir leiden, zu einem großen Teil daher, daß der Verbrauch der Masse infolge der niedrigen Löhne so sehr gesunken ist. Die Gewerbetreibenden haben ein hohes Interesse daran, daß die Arbeiter etwas ausgeben können. Von den Wohlhabenden allein können sie doch nicht leben; die Masse muß es bringen!"

Diesmal stieg brausender Beifall aus der Masse empor. Born wurde warm, und das Feuer der Rede, die Bewegung der Masse riß ihn mit fort.

„Kurz und gut," schloß er seine Ansprache, „Ihr könnt, wenn Euch zehn Prozent abgezogen werden, absolut nicht mehr auskommen, denn dann müßt Ihr Euch das notwendige versagen und werdet in Mangel und Elend verkommen! Aber was tun?"

„Streiken! Jawohl, streiken!"

Born fühlte, daß nunmehr die Entscheidung gekommen war, und daß er sie in der Hand hatte. Während des minutenlangen Aufbrausens der Versammlung faßte er seine Gedanken zusammen. Ihm schien, als sei seine Position bedroht, und als wolle man ihm seine Braut rauben. Da war er denn nicht der Mann des demütigen Duckens und Schmiegens; da bot er den Feinden trotzig die Stirn. Dieser Kommerzienrat war zwar einer von denen, die ihn geringschätzig behandelt hatten; Born dachte nicht entfernt daran, dies heimzuzahlen, wenn er auch dem ganzen Philistertum einmal zeigen konnte, daß auch er etwas vermochte. Sein Herz und sein Gerechtigkeitsgefühl zog ihn auf die Seite der in ihrer Existenz bedrohten Berufsgenossen. Das alles fuhr ihm blitzschnell durch den Kopf und ein rascher Entschluß riß ihn fort. Er nahm das Wort wieder.

„Freunde!" rief er mit erhobener Stimme, „daß Ihr die Lohnherabsetzung nicht annehmen könnt, habe ich Euch schon auseinandergesetzt. Aber Ihr dürft auch die Verlängerung der Arbeitszeit nicht annehmen. Die Sache ist nicht so harmlos, wie sie aussieht. Wenn erst die Stunde pro Tag zugelegt ist, so wird man auch bald dazu schreiten, eine Anzahl von Euch zu entlassen, denn die verlängerte Arbeitszeit macht natürlich bald Arbeitskräfte überflüssig. Ihr dürft keine Kameraden preisgeben."

„Nein! Nein! Nein!" rief es aus der Menge.

„Ich sehe, daß Ihr die Lage begreift," fuhr Born fort. „Wenn Ihr nachgebt, so werdet Ihr bald durch bittere Not dafür bestraft werden. Was wollt Ihr denn tun, wenn Euer Lohn Euch nachher nicht mehr zum Leben reicht? Werdet Ihr um Armenunterstützung nachsuchen und damit Eure politischen Rechte aufgeben? Werdet Ihr selbst Euer Wahlrecht abstreifen und Euch damit aus dem politischen Leben verbannen?"

„Wir wollen gern arbeiten, aber auch ordenlich bezahlt sein," hallte es aus der Menge. Born geriet ins Feuer.

(Fortsetzung folgt.)

Gegenwartsarbeit zu leisten". Die meisten unter ihnen begründen diesen Schritt in interessanten Artikeln. Die Zahl der Uebertretenden „Exanarchisten" ist so groß, daß die „Guerre Sociale" besondere Auskunftsstunden für sie einrichtete. Um die Führer des Gewerkschaftsbundes, deren Haß gegen die Partei immer größer zu werden scheint, je mehr Mißerfolge sie ihm verdanken, wird es bedenklich einsam. — Welche Rolle die weibliche Arbeitskraft im Buchdruckgewerbe spielt, scheint auch aus einer täglichen Bekanntmachung des Streikausschusses der Pariser Buchdrucker hervorzugehen. Darin wird besonders auf § 24 des Reglements hingewiesen, wonach jedes Mitglied ausgeschlossen wird, „dessen Frau oder Gefährtin als Setzerin in einem bestreikten Betriebe arbeitet". Da die Zahl der bewilligten Betriebe größer als erwartet ist, hat die Gewerkschaft die beschlossene Zehnprozentsteuer auf alle Löhne seit Beginn des Streiks auf 5 % ermäßigen können. — In Paris fand ein Kongreß des Bundes der Staats- und Gemeindeangestellten-Verbände, die rund 350 000 Mitglieder zählen, statt, der zu dem Beamtenstatut Stellung nahm, energisch das Koalitionsrecht betonte und den Ausbau der Organisation sowie die Herausgabe eines gewerkschaftlichen Zentralorgans beschloß. — Die Agitation der Gewerkschaften für den freien Sonnabendnachmittag hat, soweit die Textilindustrie in Frage kommt, an der Ueberproduktion einen Förderer gefunden. Einige große Fabriken in Lyon führten sie kürzlich ein und empfahlen jetzt ihren Kollegen das gleiche, um die Produktion einzuschränken und die Verkaufspreise auf der alten Höhe zu halten.

Spanien. Wie die bürgerliche Presse berichtet, sollen die Eisenbahner, erbittert über die Nichterfüllung der ihnen bei der letzten Bewegung gemachten Zusagen, für den 5. Januar einen neuen Generalstreik vorbereiten. Viele Linien und Bahnhöfe, besonders in Katalonien, sind von Truppen bewacht.

Belgien. Von dem gesunden Stande der Arbeiterbewegung zeugt auch die Entwicklung des Brüsseler Volkshauses, das jetzt mit einem Kostenaufwande von rund einer halben Million Mark vergrößert wird. Bekanntlich hat das Volkshaus auch in den bedeutenderen Vororten Filialen, die alle Bureauräume für Partei und Gewerkschaften, Versammlungsräume, Kolonialwaren- und Manufakturwarenläden der Konsumgenossenschaft usw. enthalten. Das Volkshaus selbst hat auch ein stets überfülltes Kinematographentheater; es soll u. a. jetzt auch einen großen Turnsaal, Badeanstalt Bibliotheks- und Leseräume, Arbeiterschule usw. erhalten. Die Trägerin der belgischen Volks- oder Gewerkschaftshäuser ist vornehmlich die Konsumgenossenschaft.

Bulgarien. Wie das Internationale Buchdruckersekretariat mitteilt, hat der bulgarische Typographenverband zu funktionieren aufgehört, da Vorstand und Mitglieder vollzählig zum Militär einberufen wurden. Der Rest ist arbeitslos, da die meisten Druckereien vollständig geschlossen sind. Aehnlich sieht es in allen andern Berufen aus.

England. Nach der offiziellen Statistik waren im Jahre 1911 nicht weniger wie 962 000 Personen an Arbeitsniederlegungen beteiligt. Die höchste jemals erreichte Zahl. Rund 10½ Millionen Arbeitstage gingen verloren. Sieben Prozent waren völlig erfolgreich, 9 % erfolglos und der Rest zum Teil erfolgreich. — Die Urabstimmung des Aerzteverbandes darüber, ob zu dem von der Regierung angebotenen Bedingungen die Aerzte für die staatliche Versicherung wirken sollen, ergab 9374 Stimmen von Mitgliedern und 1935 Stimmen nicht organisierter Aerzte dagegen, und nur 1968 bezw. 454 Stimmen dafür. Die Agitation für eine auch von der Regierung in Aussicht genommene Verstaatlichung des Aerzteberufs hat durch diese Abstimmung merkliche Hilfe erhalten. — Nach mehrjähriger Agitation haben jetzt die Bezirksversammlungen der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine einen Minimallohn für weibliche Angestellte und Arbeiterinnen zugestimmt, der bei 14jährigen Mädchen 5 Mk., bei 15 Jahren 7 Mk., bei 16 Jahren 9 Mk., bei 17 Jahren 11 Mk., bei 18 Jahren 13 Mk., bei 19 Jahren 15 Mk. und bei 20 Jahren 17 Mk. pro Woche betragen soll. Diese Sätze sollen im Laufe des kommenden Jahres durchgeführt werden. Im vorigen Jahre noch war der gleiche Vorschlag mit großer Majorität abgelehnt worden. — Mit großem Eifer und anscheinend auch mit Erfolg betreiben die Unternehmer den Ausbau ihrer kürzlich gegründeten „Parlamentarischen Arbeitgebervereinigung". In ihren Zirkularen heißt es, daß es höchste Zeit sei, das Beispiel der mächtigen Unternehmerorganisation in Deutschland nachzuahmen.

Finnland. Nach einer Mitteilung von Dr. Helenius gestattet kein Arbeiterverein in Finnland in seinen Lokalen den Ausschank berauschender Getränke. Das staatliche Alkoholverbot wurde schon wiederholt in Finnland beschlossen, von der russischen Regierung aber nicht anerkannt.

Vereinigte Staaten. Bei der Präsidentenwahl stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen um mehr als 100 Prozent, nur im Industriestaat Massachusetts, in dessen Textilindustrie wie in Lawrence usw., in der letzten Zeit große und erbitterte Arbeiterkämpfe stattfanden, sank das sozialistische Votum um fast 50 %. Das ist nicht nur ein Ergebnis des Umstandes, daß die Arbeiterschaft dort stark von Neueingewanderten, die noch kein Stimmrecht haben, besteht, sondern vor allem der Erfolg der syndikalistischen und antiparlamentarischen Agitation Haywoods und Genossen, der dem Landesparteivorstande angehört. Jetzt wird von vielen Seiten sein Ausschluß aus der Partei verlangt. — In allen Kohlenbergwerken der Vereinigten Staaten waren 1911 insgesamt 722 335 Arbeiter beschäftigt. Davon entfallen 172 585 auf Hartkohlengruben und 549 750 auf Weich- und Braunkohlengruben. In den letzteren ist der Achtstundentag vorherrschend. 330 045 Weich- und Braunkohlengräber arbeiten 8 Stunden täglich, 57 351 9 Stunden und 137 576 noch zehn Stunden. Die Organisation der Bergarbeiter zählt jetzt 380 00 Mitglieder. — Der Streik der 900 Eisenbahner in den Werken des Stahltrusts bei Pittsburg ist verloren gegangen.

Australien. Der Landminister hat sein Amt niedergelegt und wird sich einer Neuwahl unterwerfen, weil er mit einigen drastischen Maßnahmen seiner Kollegen in der Arbeiterregierung nicht einverstanden ist. Die wichtigste davon ist ein Gesetzesvorschlag, der demnächst zur Volksabstimmung kommen soll, nach dem der Staat die Kontrolle aller Trusts übernehmen würde. — Eine zahlreich besuchte Frauenkonferenz der Arbeiterpartei, die im Oktober in Melbourne tagte, beschäftigte sich mit den Fragen des Wahlrechts in Staat und Gemeinden, des gesetzlichen Sechsstundentages der Arbeiterinnen, des Unfallgesetzes, der Wohnungsreform, der weiblichen Fabrikinspektoren usw. — Eine Konferenz der Unternehmerorganisationen aller australischen Bundesstaaten beschloß gemeinsames Vorgehen gegen die Gewerkschaften, Unterstützung der „loyalen Elemente" in der Arbeiterschaft und Schaffung besonderer Kampffonds in jedem Staat. — Die Arbeiterregierung in Neu-Süd-Wales bereitet ein Gesetz zum Schutze der Waldbestände und zur Förderung der Aufholzung vor. — In West-Australien wurde das Schiedsgerichtsgesetz dahin ergänzt, daß allen Gewerkschaften in Zukunft die Verwendung von Geldern für Streikzwecke, ganz gleich, ob im In- oder Auslande, verboten ist.

Canada. Die Telephonarbeiter der staatlichen Telephonanstalten der Provinz Saskatchewan errangen nach einwöchigem Streik eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden täglich neben einer Lohnerhöhung.

Soziales.

Bestrafte Überstundenarbeit. Im Nachkalkulationsbureau der Deutschen Telephonwerke, Berlin, werden von Anfang September bis zum Ende des Jahres Tag für Tag Überstunden gemacht, um die Abschluß- und Inventurarbeiten fertigzustellen. Um diesem Überstundenwesen entgegenzuwirken, hatten sich die Angestellten bereits Anfang September vor. Js. an ihren Vorgesetzten gewandt, um eine Einschränkung und angemessene Vergütung der Überstunden zu erreichen. Leider wurde nur erreicht, daß die Überstunden bezahlt wurden. In der Überlastung der Angestellten mit Überarbeit blieb alles beim alten: seit September wurden mit Ausnahme des Sonnabends täglich zwei Überstunden gemacht. Als nun vor Weihnachten die Gratifikationen zur Auszahlung gelangten, wurde die Mehrarbeit der Kollegen nicht etwa dadurch anerkannt, daß ihnen besonders hohe Gratifikationen ausgezahlt wurden, sondern sie erhielten noch nicht einmal die gleiche Gratifikation, wie ihre nicht zu Überstunden genötigt gewesenen Kollegen. Begründung: Die Angestellten hätten durch die Überstunden schon genügend verdient. Als daraufhin die Angestellten sich weigerten, weitere Überstunden zu machen, wurde der Wortführer sofort entlassen. Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung" ist völlig im Recht, wenn sie die technischen Angestellten vor einer derartig unfein handelnden Firma warnt.

Hansabund und Koalitionsrecht. Als der Verband hannoverscher Metallindustrieller einen Angriff auf das Koalitionsrecht seiner Angestellten unternahm, wandte sich der Bund der technisch-industriellen Beamten, gegen dessen Mitglieder sich hauptsächlich dieser Angriff richtete, in einem offenen Briefe an den Hansabund, er möge auf dem Hansatage öffentlich für das Recht der Angestellten auf Organisation eintreten, um dadurch auf die ihm nahestehenden und dieses Recht bedrohenden Kreise einzuwirken. Der Hansabund bezeichnete in seiner Antwort eine solche Erklärung für überflüssig, da bekanntlich der Hansabund streng auf dem Boden des Koalitionsrechts stehe. Doch scheinen Theorie und Praxis des Hansabundes zwei wesentlich verschiedene Dinge zu sein, wie wir der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung" entnehmen. Sie schreibt in ihrer Nummer 1:

„Der Präsident des Hansabundes, Herr Geheimrat Rießer, ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Riebeckschen Montanwerke A.-G. Wir sind leider schon einmal gezwungen gewesen, in dieser seiner letztgenannten Eigenschaft an ihn zu appellieren. Denn in den Riebeckschen Montanwerken hat man mit besonderer Zähigkeit den Versuch gemacht, unsere dort angestellten Mitglieder aus dem Bunde herauszudrängen — nicht mit offener Gewalt, die den Widerstand stählt, sondern mit jener unermüdlichen, jede Gelegenheit wahrnehmenden Beharrlichkeit, die ihn zermürbt und schließlich bricht. Als man begann, unsere Mitglieder zum Austrit zu „veranlassen", schrieben wir an Herrn Geheimrat Rießer; und er antwortete uns, er sei im Sinne unseres Verbandes tätig. Ein Erfolg dieser Tätigkeit war, daß einige Zeit später unsere Mitglieder fanden, daß ihre Stellungen völlig unhaltbar geworden seien. Ein anderer, daß bei jedem Neuengagement nach der Organisationszugehörigkeit gefragt und Bundesangehörige systematisch ferngehalten wurden. Und von einem dritten hören wir eben: er besteht in einem Zirkular, das in den Bureaus der Firma die Runde macht, und in dem gefragt wird, „ob und welcher Organisation die Herren kaufmännischen und Verwaltungsbeamten angehören".

Es ist merkwürdig. Wir haben es sowohl vom Hansabunde wie von seinem Präsidenten schriftlich, daß sie für das Koalitionsrecht eintreten. Und der Einfluß dieser ganz notorischen Stellungnahme reicht nicht einmal bis zu den unmittelbaren Untergebenen des Geheimrats Rießer. Wie soll er da bis zu den Reihen der einfachen Mitglieder des Bundes reichen?"

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen einer Anzahl Sittlichkeitsverbrechen, verübt an Kindern, wurde vom Landgericht Weiden in der Oberpfalz ein Geistlicher, der Kooperator Franz Xaver Müller, zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Selbstmord oder Unglücksfall? Aus dem Finowkanal an der Kläranlage bei Eberswalde wurden Donnerstag früh die Leichen zweier jungen Dienstmädchen gelandet. Beide befanden sich im Sonntagsstaate. Es kann als feststehend angesehen werden, daß es sich um einen Unfall handelt, da die Bollwerkanlage hier ohne jede Schutzvorrichtung ist und ein Ausgleiten sehr leicht die ernstesten Folgen haben kann. Es ist anzunehmen, daß das eine der Mädchen ausgeglitten ist und im Gleiten das andere, in der Absicht sich festzuhalten, mit in den Kanal gezogen hat. Aus dem Umstand, daß die Mädchen geäußert haben sollen, daß sie nicht wiederkehren würden, wird allerdings auch auf Selbstmord geschlossen, doch fehlen dafür alle weiteren Anhaltspunkte.

Eine Skandalaffäre macht in Meiningen von sich reden. Dort wurden mehrere Verhaftungen wegen Vergehens gegen § 175 Str.-G.-B. vorgenommen. Der bereits in Haft befindliche frühere antisemitische Agitator Kurzhals wird beschuldigt, sich in den letzten zehn Jahren an etwa 16 jungen Leuten sträflich vergangen zu haben. Aufsehen erregt auch die Verhaftung des Hofschauspielers Link wegen des gleichen Delikts. Link wurde jedoch gegen Stellung einer Kaution von 6000 Mk. auf freien Fuß gesetzt.

Schweres Bauunglück. In dem Neubau der Futtermühle Grüters in Krefeld ist die Betondecke eingestürzt. 15 Arbeiter sind schwer verletzt.

Infolge Explosion eines Benzinbehälters ist in der Ortschaft Schemmert bei Klausenburg eine Erdgasquelle in Brand geraten. **Acht Arbeiter sind schwer verletzt.** Die Löschung des Brandes dürfte erst in etwa acht Tagen erfolgen.

In die Luft geflogen. Das Packhaus der De Beers Dynamitfabrik in Somerset West ist, wie aus Johannesburg gemeldet wird, aus unbekannter Ursache in die Luft geflogen. Die Explosion verursachte ein meilenweit bemerkbares erdbebenartiges Zittern. Zwei Weiße und sieben Schwarze sind ums Leben gekommen, viele andere Personen wurden schwer oder leicht verletzt.

60 000 Mark unterschlagen. Die Grundkreditbank in Königsberg ist durch Veruntreuungen eines fast fünfzehn Jahre bei ihr tätig gewesenen Kassierers und Prokuristen um ungefähr 60 000 Mk. geschädigt worden. Der Kassierer verpfändete Wertpapiere bei Bankinstituten. Mit dem Erlöse betrieb er Börsenspekulation. Die Bank hat sofort ihre Lombards zurückgezogen, so daß dem Kundenkreise der Bank durch diesen Vertrauensbruch Verluste nicht erwachsen.

Der ganze oder halbe Sozialdemokrat für 5 Mark. In Elchesheim in Baden wollte sich ein junges Ehepaar in einem anderen Orte trauen lassen, weil die Zeit der Trauung dem Ortspfarrer nicht paßte. Dazu bedurfte es aber des sogen. Verkündigungsscheines, daß die beabsichtigte Trauung von der Kanzel herunter vorschriftsmäßig erfolgt ist. Auf diesem Schein hatte aber der Ortspfarrer noch die Bemerkung gemacht: „Der betreffende Kandidat ist ein halber oder vielleicht auch ein ganzer Sozialdemokrat. Das Dokument kostet 5 Mk." Man sieht, es ist garnicht so billig, als Sozialdemokrat eingeschätzt zu werden.

Liebesdrama. Aus Hartha in Sachsen wird gemeldet: Im benachbarten Gersdorf wurde der 26jährige Knecht Löbner erhängt aufgefunden. Neben ihm lag mit einer Schußwunde die Leiche der 16jährigen Tochter seines Dienstherrn, des Gutsbesitzers Reibetanz. Es scheint ein Liebesdrama vorzuliegen.

Abgestürzte Flieger. Gestern morgen stiegen vom Flugplatz Lindenthal die beiden sächsischen Unteroffiziere Markgraf als Führer und Sergeant Müller als Passagier zu einer Feldübung auf. Sie machten dabei einen Überlandflug nach Halle. Als sie sich über dem Lindenthaler Walde befanden, stürzten sie um 12 Uhr plötzlich ab. Beide Flieger wurden schwer verletzt und der Apparat zertrümmert. — Der französische Flieger Levasseur und der Mechaniker Mallet sind mit einem Wasserflugzeug ins Meer gestürzt. Mallet ertrank während Levasseur gerettet werden konnte.

Ein bürgerlicher Genossenschaftskrach. Zum Zusammenbruch des Spar- und Kreditvereins in Niedermodau entnehmen wir dem „B. T." folgendes: Die Verhaftung des Ersten Direktors der Hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank, Kommerzienrats Karl Ihrig, wegen angeblicher betrügerischer Manipulationen und Bilanzverschleierungen steht im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Niedermodauer Spar- und Kreditvereins und ist bereits die vierte, die in dieser Angelegenheit erfolgte. Ihrig wird beschuldigt, durch seine Manipulationen jahrelang die Verhältnisse beim Niedermodauer Spar- und Kreditverein verdeckt zu haben. Schon in der vorigen Jahresversammlung der Hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank wurden gegen Ihrig schwere Beschuldigungen erhoben, die sich besonders gegen die Protegierung des Revisors Beck richteten, der inzwischen ebenfalls verhaftet worden ist. Vor Ihrig und Beck sind bereits der Rechner Adam und der Bankier Isaac verhaftet worden. Die Passiven des Spar- und Kreditvereins in Niedermodau wurden seinerzeit auf 2 521 000 Mark festgestellt, denen nur 926 000 Aktiven gegenüberstehen. Es wurde ferner ein Fehlbetrag von 1 600 000 Mark konstatiert, für den 196 haftpflichtige Genossenschaften aufkommen müssen. Der Zusammenbruch des Niedermodauer Spar- und Kreditvereins zog auch den Landwirtschaftlichen Konsumverein in Niedermodau ins Verderben. Auch er geriet in Konkurs. Da die haftpflichtigen Mitglieder des Vorschuß- und Kreditvereins mit je 200 000 Mk. zur Deckung des Fehlbetrages herangezogen werden sollten, mußte auch der Landwirtschaftliche Konsumverein als haftpflichtiges Mitglied des Vorschuß- und Kreditvereins 200 000 Mark als Vorschußleistung aufbringen. Das Amtsgericht Reinheim bestimmte deshalb zur Deckung des dadurch beim Landwirtschaftlichen Konsumverein entstandenen Fehlbetrages eine Vorschußleistung in Höhe von 30 000 Mark für jedes Mitglied. Hierdurch wurden zahlreiche Mitglieder des Konsumvereins in eine mißliche pekuniäre Lage gebracht, zum Teil vollständig ruiniert. Inwiefern dem Kommerzienrat Ihrig in dem äußerst verwickelten und komplizierten Geschäftsbetrieb Unregelmäßigkeiten, Bilanzverschleierungen und betrügerische Manipulationen nachgewiesen werden können, steht noch nicht fest. Vorläufig ist Ihrig gegen eine Kaution von 50 000 Mark aus der Haft entlassen worden.

Der Landrat der Westprignitz und der sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete. Die preußischen Landräte zeichnen sich durch eine besonders fortschrittliche Gesinnung aus. Das ist hinlänglich bekannt. Die preußische Junkerschaft weiß, was sie an ihren Landräten hat. Natürlich ist die Sozialdemokratie der „Spitze des Kreises" ganz besonders verhaßt. Ja, es gibt nicht wenige Landräte, die die Bekämpfung der Sozialdemokratie für ihre wichtigste Amtspflicht halten, denn „in Preußen sind bekanntlich alle Staatsbürger gleich". So braucht man sich auch nicht allzu sehr über einen charakteristischen Vorfall zu wundern, der sich nach unserem Brandenburger Parteiblatt in der letzten Sitzung des Kreistages der Westprignitz ereignet hat. In diese Körperschaft hat vor kurzem der von Wittenberge gewählte Genosse Stadtverordnete O. Schulze als erster Sozialdemokrat seinen Einzug gehalten. In der geheimen Sitzung der ersten Tagung nach diesem „nationalen Unglück" erklärte der Landrat, wie der „Prignitzer" zu berichten weiß, es könne ihm nicht zugemutet werden, mit einem Sozialdemokraten an einem Tische zu sitzen. (!!) — Wie gesagt, man braucht sich über eine derartige landrätliche Kundgebung nicht zu wundern. Diesem Landrat muß nunmehr recht deutlich von der Arbeiterschaft klargemacht werden, daß auch ihre Vertreter anständig zu behandeln sind. Die Arbeiterschaft des Kreises wird dafür sorgen, daß der Landrat nach den nächsten Wahlen nicht nur mit einem, sondern mit noch mehr Sozialdemokraten an einem Tische sitzen wird.

Kleine Chronik. In Berlin ist am 2. Januar aus der Höhe eines zweiten Stockwerks ein 18jähriger Fensterputzer auf das Pflaster gestürzt. Er hatte einen schweren Schädelbruch erlitten, dem er wenige Minuten später erlegen ist. — In Sulzern bei Saarbrücken wurde das Wohnhaus der Witwe Bernachi eingeäschert. Zwischen ihren Söhnen und ihrem Nachbar, einem Weber, bestand schon seit Jahren ein gespanntes Verhältnis. Die Brüder Bernachi hielten den Weber für den Brandstifter, lauerten ihm auf, als er zur Arbeit gehen wollte, und schlugen ihn mit Beilen zu Boden. Der Überfallene war sofort tot. Die beiden Brüder wurden verhaftet. — Der Zwei-Millionen-Bankkrach in Kaufbeuren im Allgäu, wo der Bankier Gerhauser unter Hinterlassung großer Verbindlichkeiten vor einigen Tagen verschwand, hat jetzt eine zweite Bankkatastrophe zur Folge gehabt. Der Inhaber des Bankhauses Frey u. Schäfer in Kaufbeuren, der Bankier Frey, hat sich wegen Zahlungsschwierigkeiten seiner Firma erschossen. Einzelheiten über den Umfang des Zusammenbruchs fehlen noch. — Aus Pest wird gemeldet: Donnerstag stießen unweit der Station Putnesti zwei Güterzüge mit solcher Gewalt zusammen, daß die Tender der Lokomotiven zerbrachen. Beide Maschinen gerieten in Brand. Neun Güterwagen wurden vollständig zerstört. Vom Zugpersonal sind fünf Mann getötet und acht lebensgefährlich verletzt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sie können den reellen Preisnachlaß selbst nachprüfen.

Beginn: 6. Januar.

„Condor-Patent“
Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren, verblüffend bequem, Ia. Boxkalf, beliebte Form
sonst 16.50 jetzt **11.90**

Herren-Zugstiefel
kerniges Spaltleder
sonst 5.50 jetzt **3.90**

Damen-Schnürstiefel
prima Chevreau, schlanke Form
sonst 14.50 jetzt **7.90**

Damen-Knopfstiefel
Boxhorse, bequeme Paßform
sonst 7.50 jetzt **4.90**

Damen-Tanzschuhe
Bronze-Chromleder
sonst 7.50 jetzt **3.90**

Einmaliges Angebot

10%

45%

denn jede Sohle trägt den von der Fabrik eingeprägten alten Preis.

Ende: 19. Januar.

Herren-Filz-Schnallen-Stiefel
mit Ledersohle
jetzt **3.40**

Damen-Schnallen-Stiefel
Chromleder, Friesfutter
jetzt **6.20**

Damen-Schnür-Stiefel
Filz mit Lederbesatz
jetzt **3.80**

Damen-Kamelhaar-Schuhe
rein Kamelhaar, Filz- und Ledersohle
jetzt **2.95**

Mädchen-Schnür-Stiefel
Boxhorse mit Wollpelzfutter

	34—35	31—33	29—30	27—28
jetzt	**6.30**	**5.85**	**5.40**	**4.95**

Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

120 **Lübeck, Breite Straße 47.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlichst (123
Heinr. Busch und Frau.

Wir bringen unserm lieben Vater zu seinem 70jährigen Geburtstag ein donnerndes Hoch. Ob he sick woll wat marken lat. Die Kinder.

Gesucht eine
Morgenfrau.
154) Reifslagerstraße 13.

Maleriehrling
zu Ostern gesucht. (115
E. Schambortst, Fischlingstr. 17.

Monteure. 119
Sofort sauberes **Zimmer** frei. Gr. Gröpelgrube 25, I. Eine Rosenstr.

Ein Logis zu verm.
nach vorne. Travemannstr. 45, II.

Frdl. leeres Zimmer
zu vermieten.
131) Friedenstraße 39 I.

Eine **Wohnung mit Laden** und eine **kleine Wohnung** zu vermieten.
135) Alb. Wickedestr. 18 III.

Zu verm. z. 1. April eine Drei-Zimmerwohnung mit Zubehör und Garten. Annimstr. 29a.
139) Näheres daselbst I. Etage.

Z. 1. April e. 2-Stub.-Wohnung m. Keller u. Stall. Preis 170 Mk.
139) Schöntauerstraße 19.

Moderne 2-Stuben-Wohnung
Gerberstraße 15, 1. Etage.
99) Näheres Wickedestr. 16.

3-Zimmer-Wohnung
mit Kochgas u. allem Zubehör evtl. mit Pferdestall zu verm.
127) Fritz **E. Kähltz**, Gräbenstr. 29.

Zum 1. April **kleine Wohnung**
an einzelne Leute. (144
Wickedestraße 15a.

2 kleine Wohnungen
mit Stall zu vermieten. Preis 115 u. 125 Mk. (145) Schöntauerstr. 17a.

Gesucht zum 1. April von Leuten mit einem Kinde **eine Zweizimmer-Wohnung** vor dem Stadttore.
116) Gefällige Off. unt.

Haus mit zum Bäckereibetriebe geeigneten Räumen zu verkaufen.
149) Koch u. **A. 17.** a. d. Exp.

Kartoffeln, Rangen, (118
Bill. Speyl, 2 Bäume, 1 Bel. Bohnen
Peter Jürgens, Groß Grönau, Sta.

Freie Wohnung.
Mehrere solid gebaute Wohnhäuser in guter Lage mit 4 Wohnungen a 2 u. 3 Zimmer sind sofort unter **günstigen Bedingungen** — Anzahl. 2000 Mk. — zu verkaufen! **Abgesch. 13 500 Mk.** Käufer wohnt nach Abzug sämtlicher Unkosten **frei!** Bei demnächst eintretendem Wohnungsmangel ist solch **Gelegenheitskauf** (da unter Herstellungspreis) sehr zu empfehlen! (150
Näh. **Grundman,** Viktoriastr. 31.

Eine **jg. Doberm.-Hd.** m. einem Jung. Stammb. Abst. eines berühmt. Polizeih. Billig zu verk.
100) Josephinenstraße 12.

Zugänger zu verkaufen. (133
Storm, Schönböcken.

Schuhreparaturen
werden ausgeführt bei
145) **H. Maske,** Gloxinstraße 30.

Rasieren u. Haarschneiden
Johannes Lohse,
Wickedestraße 48. (117

Original
Reichel
Essenzen
Marke „Lichtherz“

Sind altbewährt zur **Selbstbereitung aller Liköre, Branntweine, Punschextrakte** etc.
Von Kennern als einzigartig erklärt!
Originalfl. für ca. 2½ Ltr. ausreichend, je nach Sorte **25, 40, 50, 60, 75** Pfg. etc.
Bei **6** Flaschen die **7te gratis.**

Verlangen Sie sofort: „Die Destillierung im Haushalt“, wertvolles, reich illustriertes Buch mit sämtlichen erprobten Rezepten völlig kostenfrei!

Otto Reichel, Berlin 80.
Vor Nachahmungen wird dringend gewarnt, man nehme ausschließlich nur die bewährten
142) **Reichel-Essenzen**
Marke „Lichtherz“.

Glasscheiben
aller Art, auch im einzelnen, Kitt, Draht, Glaserdiamanten von 4 Mk. an. (6
Oscar Tauchnitz, Fensterglashandlung. **Lübeck,** Hüxtertor-Allee 13 Fernsprecher 808.

Preußische Lose
Ziehung 1. Klasse **13. und 14. Januar 1913**

	1/8	1/4	1/2	1/1
137)	**5.—**	**10.—**	**20.—**	**40.—**

sind bei mir zu haben.
Lübeck, Breite Straße 53, I. **Falck,**
Telephon 58. Königl. Lotterie-Einnehmer.

Betten-Duve
liefert bestens und billigst.
102 **Gr. Burgstr. 32.**

Neu erschien in billiger Volks-Ausgabe:

Die Kommune
Roman von **Paul und Viktor Margueritte.**
Uebersetzt von U. Fricke. Mit Einleitung von Herm. Wendel.

Preis: früher broschiert Mk. 5.—, jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.

Der große Heldenkampf der Pariser Kommune, den August Bebel 1871 im Reichstag ein Vorpostengefecht der kommenden proletarischen Revolution nannte, entrollt sich in diesem Buch. **Es ist ein Buch, das mitreißt, das aufwühlt, das entflammt!** Jeder klassenbewußte Arbeiter sollte diesen Roman, der geschichtliche Treue mit spannender Handlung vereint, kaufen und lesen!

Bei Postversand von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Porto.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Ärztlicher Sonntagsdienst
am 5. Januar von 1 Uhr ab. (101
Dr. med. Feldmann, Breite Straße.
Dr. med. Stoffer, Kronsf. Allee 13.
Dr. med. Schnoor, Schwartz. Allee 47.

68 Hüxstraße 68
Getragene gute Jackett-Anzüge, Ulster, Paletots, Fracks, Gehrock-, Smoking-Anzüge. (129
68 Hüxstraße 68

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (4
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Rechnungsformulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Frh. Volksblatt.
Johannisstraße 46.

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (112
ab Lager ermäßigte Preise.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
103) Fernsprecher 1110.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlg. u. Reparaturwerkstatt. (108) **Fünfhausen 13.**

104 **Willy Koch**
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren
105) **gut und billig.**
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, **Aegidienstr. 35.**